

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Beilagen- oder deren Raum 250 Btg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Btg. Reklamen 1000 Btg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 5.

Freitag, den 6. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Die Konferenz von Cannes.

Die ersten Besprechungen.

Paris, 6. Januar.
Finanzminister Doumer sowie die französischen Sachverständigen, die belgische und die japanische Delegation sind gestern morgen in Cannes eingetroffen. Bereits 12 Uhr fand in den Räumen der französischen Delegierten eine Sitzung der Sachverständigen statt. Wie der Vol. Anz. weiter erzählt, beschäftigte sich diese Unterredung vor allen Dingen mit der Frage des Finanzabkommens vom 13. August 1921 und mit der belgischen Priorität. Nachdem diese Unterredung um 12 Uhr beendet war, fand sogleich eine zweite Sitzung statt, an der dieselben Persönlichkeiten teilnahmen. Diese Sitzung befaßte sich mit der Tagesordnung der Konferenz. Der von ihr auf Grund der Londoner Vorschläge ausgearbeitete Plan hat nachmittags den Premierministern vorgelegen. Die erste Sitzung ist auf morgen festgesetzt. In französischen Kreisen bedauert man sehr, daß Lloyd George nicht geneigt wäre, dem Vorschlag Briands Folge zu leisten, der die Debatte über die allgemeine Politik verlangte.

Englische Pläne.

London, 5. Januar.
Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Cannes meldet: In Konferenzkreisen werde die Ansicht ausgedrückt, daß Lloyd George vielleicht gleich zu Beginn der Konferenz des Obersten Rates seinen großen, kühnen Plan unterbreiten wird, ebenso wie dies der Staatssekretär Hughes auf der Washingtoner Konferenz getan hat. Die augenblickliche Ansicht der britischen Delegation in der Konferenzfrage sei, daß Deutschland gestattet werden müsse, für 1922 mit einer Gesamtzahlung von 500 Millionen Goldmark wegzukommen, die zwischen Januar und April verteilt werden solle. Dafür sollten Bürgschaften geschaffen werden, um das Reinemachen der deutschen Finanzen zu sichern. Desgleichen solle auf größere Zahlungen in Waren bestanden werden. Bekritten wird, daß Großbritannien daran denke, auf die Ansprüche und auf seine unmittelbare Zahlung zu verzichten, obgleich es bestrebt sei, seinen Alliierten soweit wie möglich entgegenzukommen. Hier besteht leider die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten. Briand erklärte, Frankreich ging bis zum äußersten der Zugeständnisse. Es sei schwer, zu sehen, wie der britische Standpunkt mit der Erfüllung der Forderungen Frankreichs in Einklang zu bringen wäre. Die Frage der Priorität Belgiens mache diese Schwierigkeiten noch größer. Die italienische Deffektivität neige mehr und mehr zugunsten einer engen Annäherung an Großbritannien. Diese Tatsache werde nicht ohne Einfluß auf die Regelung des Reparationsproblems sein, vielleicht auch auf die Regelung der Frage des nahen Ostens. Cunaris, der kürzlich in Rom gewesen sei, werde, wie man erwartet, nach Cannes kommen mit dem Gedanken an eine gemeinsame englisch-griechisch-italienische Politik in Klein-Asien. Der „Times“-Berichterstatter sagt ferner, man glaube jetzt, daß wegen der durch Frankreich erfolgten Annahme des amerikanischen Vorschlages über die Verwendung von U-Booten gegen Handelschiffe die U-Boote nicht, wie man früher fürchtete, die Behandlung der verschiedenen verwickelten Fragen in Cannes noch schwieriger zu gestalten brauche. Die Annahme des amerikanischen Vorschlages durch Frankreich sowie die Tatsache, daß Briand für ein endgültiges Bündnis mit England einträte, beweise, daß Frankreich im hohen Maße bestrebt sei, alles in seiner Macht liegende zu tun, um sich mit Großbritannien zu vereinigen.

Briand erklärte dem nach Cannes entsandten Berichterstatter des „Etoile Belge“, nachdem er ihm versichert hatte, daß die belgische Priorität von Frankreich nicht angezweifelt würde: Wir sind gegen ein Moratorium. Wenn Belgien mit uns in dieser Frage gegen England und Italien zusammensteht, so kommt es zu keinem Moratorium. Der Unterredung wohnte Loucheur bei.

Paris, 5. Januar.

Nach der „Information“ soll England, um Belgien für den von ihm verlangten teilweisen Verzicht auf seine Prioritätsrechte zu entschädigen bereit sein, die Rückzahlung einer der belgischen Regierung am Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes insgeheim gewährten Vorschusses in Höhe von 150 Millionen Goldmark bis auf weiteres zu stunden. Die englische Regierung wolle sich ferner bei der amerikanischen Regierung, die Belgien damals ebenfalls insgeheim 550 Millionen vorgeschossen habe, dafür verwenden, daß sie hierfür einen weiteren Zahlungsausschub ge-

währt. Frankreich, das von der Gesamtheit der deutschen Zahlungen 300 Millionen Goldmark erhalten soll, werde im Laufe des Jahres 1922 der Gegenwert der Saargruben, der ungefähr dieser Summe entsprechen würde, zur Last geschrieben werden.

Belgiens Kompensationsforderungen.

Cannes, 6. Januar.
Nach den Besprechungen zwischen England, Frankreich und Belgien, an denen zeitweise auch die Italiener beteiligt waren, ist für nachmittags eine neue Zusammenkunft anberaumt. Man glaubt, daß die belgische Abordnung zwar in der Frage der Priorität nicht nachgegeben habe, daß sie aber als Ersatz für diese Naturalieferungen annehmbar wolle. Man spricht davon, daß diese Lieferungen in Eisenbahnmateriale sowie in Eisen- und Holzhäusern für den belgischen Kongo bestehen sollen. Die belgischen Minister haben, wie verlautet, auf Verlangen des belgischen Königs in diesem Sinne entschieden.

Günstige Aussicht?

London, 6. Januar.
Die Presseberichte deuten an, daß bei den begonnenen Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand in Cannes der französische Wunsch nach einem Bündnis eine Rolle spielt, dessen Verwirklichung nicht unwahrscheinlich ist, zumal es zutrifft, daß die Pariser Haltung in der U-Bootfrage konzilianter ist. Die Wälder betrachten die Pariser Annahme der amerikanischen Resolution als ein günstiges Zeichen. Die „Times“ erinnern Frankreich an die Erwartung Amerikas, daß die Frage der Reparationen und der Abrüstung vernunftgemäß erledigt werden. Das Blatt sieht Schwierigkeiten voraus, betont jedoch, daß Italien sich völlig dem englischen Plan annähere. Andererseits liegen hier keine Nachrichten über den Stand der entscheidenden französisch-belgischen Verhandlungen vor.

Ein amerikanischer Vorschlag.

Washington, 6. Januar.
Im Kongreß wurde von Britten ein Antrag eingebracht, in dem Präsident Harding aufgefordert wird, auf der Abrüstungskonferenz die sofortige Zurückziehung aller alliierten Truppen aus Deutschland zu beantragen. Dadurch könnten jährlich 125 Millionen Dollar erspart werden und Deutschland würde in die Lage versetzt, diese Summe zu Reparationszahlungen zu verwenden.

Die neuen Gehaltsverhandlungen.

SPD, Berlin, 5. Januar. (Drahtbericht)
Heute beginnen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Neuregelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Wie verlautet, beabsichtigen die christlichen Gewerkschaften, Sonderforderungen einzureichen, womit also die Einheitsfront durchbrochen ist und Herr Hermes das gegeben wird, was er sich für die Verhandlungen gewünscht hat. Auch der Reichsbund höherer Beamten hat Sonderforderungen ausgearbeitet, die einen prozentualen gleichmäßig gestaffelten Aufbau aller Berufsgruppen vorsehen. Wie verlautet, sollen die Vorschläge fernerhin gerechte soziale Ausgleichs zur Beseitigung der Notlage der unteren und mittleren Beamten schaffen.

Der Anfang vom Ende des karellischen Aufstandes.

Stockholm, 5. Januar.
Die über Helsinki kommenden Nachrichten aus Ostkarelien lassen jetzt deutlich erkennen, daß die Sowjetregierung endlich mit auf ausgerüsteten und weit überlegenen Truppen dem karellischen Aufstand ein Ende machen will. Die Karelier wehren sich mit dem Mut der Verzweiflung, aber Vorposten sind von den Sowjettruppen bereits genommen und Repola ist bedrängt. Die Verluste auf beiden Seiten sind verhältnismäßig sehr schwer. Teile der Karelier flüchten über die Grenze nach Finnland.

Die Russischen Verluste.

Riga, 6. Januar.
Die Nachricht, nach welcher die Rote Armee in Karelien den allgemeinen Angriff gegen die Aufständischen begonnen hat, bestätigt sich. Die kasschewitschen Truppen sind in großer Uebermacht und haben den Grenzort Porajewi genommen, wobei sie jedoch über 500 Tote verloren haben.

Unser Nachwuchs.

Dr. L. Lübeck, 6. Januar.

Irgendwo wurde dieser Tage die Frage aufgeworfen: Warum fühlt sich die Bourgeoisie heute wieder so sicher? Die Antwort, die man hinterher lesen konnte, sprach von der stillen Hoffnung des Bürgertums, der Sozialdemokratie auf dem Wege ihrer Reformen soviel Hindernisse in den Weg legen zu können, daß für die nächsten Jahrzehnte wenig Änderungen zu „fürchten“ seien.

Es ist interessant, der Frage nachzugehen, über welche Mittel das Bürgertum verfügt, um die Arbeit der Sozialdemokratie in Staat und Gemeinde auch dort zu hemmen, wo sozialistische Mehrheiten vorhanden sind. Da ist vor allem die höhere (zum Teil auch die mittlere) Beamtenschaft zu nennen, welche dem Bürgertum zur Verfügung steht. Daß an den alten, aus der Vorkriegszeit stammenden Beamten viel zu ändern sein wird, glaubt wohl niemand. Steht unsere ganze Hoffnung also auf dem jungen Nachwuchs.

So sollte man wenigstens meinen. Wer aber die Geistesrichtung kennt, die sich auf der Universität breit macht, und wer dazu noch die Stimmung und Schulerbeinflussung auf den mittleren Schulen in Rechnung stellt, der wird beinahe alle Hoffnung verlieren, der wird verzweifeln, an der Zukunft ebenso wie an der Gegenwart.

Zu dieser Ueberlegung kommt noch ein anderes. Der Ruf nach dem Fachmann, nach dem Studierten, nach dem Juristen usw., erklingt seit dem Frühjahr 1920 so oft und so schreiend, daß selbst viele Sozialdemokraten in seinem Bann stehen, daß selbst viele von uns die Ueberzeugung in sich aufgeflogen haben, ein höherer Beamter müsse unbedingt eine Reihe von Examinatsbestimmungen tragen, müsse unbedingt die „Fachbildung“ der Universität usw. nachweisen.

Es ist klar, daß eine solche Forderung die Uebermacht der „bürgerlichen“ Intelligenz noch gewaltig stärkt. Der Akademiker bekommt dadurch wieder die Vorpostenstellung der Vorkriegszeit; und da der akademische Beruf fast ausschließlich „gutbürgerlichen“ Kreisen vorbehalten ist, so ist bei den heutigen Ansichten für absehbare Zeit jede Ueberwindung unserer Zustände im Sinne der Arbeiterschaft ausgeschlossen.

Soll man sich mit solch trostlosen Feststellungen begnügen? Soll man einfach verzichten mit dem Seufzer: Der Arbeiter war bisher der Knecht des Bürgers; er soll es auch fernerhin bleiben, trotzdem er die politische Macht hat? Wer sich auf die lauwarme Insel eines solchen Verzichtes zurückziehen würde, der hat den Ehrennamen eines Sozialdemokraten nie verdient; der würde vergessen, daß das Proletariat sich befreien muß, und daß diese Befreiung nur durch das Proletariat selbst erfolgen kann.

Die Frage steht also am proletarischen Horizont, wie die Abhilfe geschaffen werden kann, wie die Arbeiter dem ungeheuren Uebergewichte des Bürgertums entgegentreten können, wie sie ihre eigene Kraft an die Stelle der bürgerlichen Vorbildung drängen können.

Dieser Tage machte die „Frankf. Ztg.“ in einer kurzen Bemerkung darauf aufmerksam, daß das ganze Geschick gegen die schlecht vorgebildeten und deshalb „unbrauchbaren“ sozialdemokratischen Minister und Beamten eitel Heuchelei sei. Wenn z. B. Ebert früher Sattlergeselle gewesen sei, so habe er doch in Jahrzehnten gewerkschaftlicher und parlamentarischer Tätigkeit eine glänzende Geistesbildung durchgemacht, die ihn befähigt, an die Seite jedes echten Akademikers zu treten. Das gleiche gelte für hunderte und tausende von seinesgleichen.

Was soll also der Ruf nach dem Fachmann? Weshalb lassen wir uns durch diesen bürgerlichen Einwand immer wieder verblüffen? Sehen wir ihm doch endlich die echt demokratische Forderung entgegen, daß nur die Tüchtigkeit an sich gelten soll. Ob einer das Gymnasium besucht, oder ob er im Kampf ums Dasein in der Fabrik, im Handwerk usw. seine Jugendschule durchlaufen hat, das ist völlig gleichgültig. Die Hauptsache ist und bleibt, daß er sein Amt ausfüllt, daß er es im Sinne der Arbeiterschaft ausübt.

Nicht aus der Welt zu schaffen ist allerdings die Notwendigkeit, daß ein Teil der höheren Beamten akademische Vorbildung besitzen soll. Und an diesem Punkte hat eine zweite Forderung einzusetzen: Die Heranbildung eines akademischen Nachwuchses, der aus der Arbeiterschaft kommt und sich mit ihr verbunden fühlt, für sie arbeitet. Ueberall in Deutschland sind Bestrebungen im Gange, die Schulen auf Demokratie umzustellen, die Schulen der republikanischen Erziehung dienlich zu machen. Damit wäre einiges erreicht; aber noch nicht genug. Es kommt nicht allein darauf an, wie man in der Lehranstalt unterrichtet,

Wohlschicklicher ist die Frage, wen man unterrichtet. So lange die Schulen — Mittel- und Hochschulen — eine Insel für die bürgerliche Jugend sind, solange nicht proletarischer Nachwuchs in großer Zahl der höheren Schulbildung zugeführt wird, ebensolange werden alle unsere Reformbestrebungen nur Wasserläschen in einen löcherigen Sad sein.

Unserem Nachwuchs werden wir also die ganze Aufmerksamkeit schenken müssen. Keine Mühe und keine Kosten dürfen uns zu beträchtlich sein, um für ihn zu sorgen. Aber auch hier müssen wir mit der Gewißheit rechnen, daß das Bürgertum nicht kampflös seine Schulen uns für unsere Jugend überlassen wird. Sollte es jemals einen Sozialisten gegeben haben, der geglaubt hätte, das Proletariat könne das Bürgertum ohne Kampf aus irgend einer Position verdrängen?

Die Entente hat's gesagt.

Der deutsche Ur- und Erzpatriot hat zwei Seelen in seiner Männerbrust: eine teutonische, nationalistische und eine etwas kühnere, vorzügliche und schmieglamere kapitalistische Seele. Die teutonische Seele hat besonders seit dem Zusammenbruch und seit dem Versailler Frieden recht oft Gelegenheit gehabt, zu lachen und zu schäumen. In der Zeit der Preußenwahlen zu Anfang des Jahres 1921 entschloß sich einmal der „Kreuzzeitung“ das Geständnis: der Versailler Frieden besorgte unter Wahlgewalt. Die Entente und vor allem die Franzosen haben es der Reaktion in Deutschland so bequem und so leicht gemacht, daß sie trotz aller Dummheiten, trotz aller Entgleisungen Erfolge einheimen muß. Jeden Tag zweimal tobt die nationalistiche Presse gegen irgend einen neuen Hebergriff der Entente.

Hört man ihr Lob, so mag es für einen Augenblick scheinen, als wären die Nationalisten und den Nationalisten der Entente ein tiefer Abgrund gähnt. Siez man aber ein bißchen genauer dem Tun und Treiben der deutschen Erzpatrioten zu, denn findet man ide angeblich so unerschöpflich. Die grimmigen Gegner oft in merkwürdig eng er Verbindung. Wir denken hier nicht an die Lehrschmeicheln, die zwischen süddeutschen Jüden und französischen Militaristen in Wiesbaden, in der Pfalz und sonstwo patzenden, wir denken auch nicht an die — wie Korrespondenten sagen würden — Anwanlungsversuche der Subversivisten bei den Militaristen der Entente zum Zwecke der Volkswirtschaft. Wir denken hier an das merkwürdige Schauspiel, das wir seit Jahr und Tag in Deutschland genießen dürfen, daß die gleichen Leute, die die Hand zur Faust gegen die Entente halten, die andere Hand der kapitalistischen Entente verständnisvoll entgegenrecken. Es ist für uns Sozialdemokraten immer interessant, gelegentlich zu sehen, wie irgend ein tapferer Deutschnationaler, ein Offizier und tüchtiger Jäger und Judentreffer doch ganz gerne ein Gefäßchen mit dem Feind von gestern mag. Über wir wollen hier nicht von pikanten Geschichten reden. Geschäft ist Geschäft — auch bei den „Helden“. Bleiben wir bei der Politik. Da hören wir jeden zweiten Tag, daß die Dame, die sonst so gern den Tapferen mimt, sich immer wieder auf die Entente berufen, wenn ihnen irgend etwas nicht in den Kram paßt.

Die Streikmänner wurden nicht müde, der Sozialdemokratie zuzurufen: was wollt ihr denn eigentlich? Die Große Koalition muß schon deshalb kommen, weil die Engländer sie wünschen. Wenn England etwas wünschte, dann muß doch darauf Rücksicht genommen werden. Das ist doch ein Gebot der politischen Klugheit!

Wenn von den Steuern die Rede ist, dann fehlt in der Reichspressen selten der Hinweis, daß die Entente mehr indirekte Steuern verlange.

Ist dem Reichstagspräsidenten die Rede, dann werden die Arbeiter ebenfalls auf die Entente hingewiesen.

Das Bild des Kampfes zwischen Deutschland und der Entente, des Kampfes des Befestigen um sein Leben, zeigt heute wesentlich andere Züge als etwa vor zwei Jahren. Die Schlad der Ententemilitaristen auf die Heberbleibsel des deutschen Militarismus hat sich totgelassen. Wenn auch hier und da noch irgend ein Waffenlager oder irgend eine Orgeleinrichtung aufgetobt wird, so will das nicht viel mehr heißen. Hinten der militärischen Kulisse war aber schon längst die kapitalistische Profitgier lebendig. Je näher die kriegerische Kulisse verschwindet, desto deutlicher sehen die Massen, vor allem die Massen der Arbeiter, daß der Entente-Kapitalismus nicht den deutschen Kapitalisten, wohl aber den deutschen Arbeitern und der großen breiten Masse gefährlich wird.

Eine ungeheure soziale Reaktion, ein ungeheurer Rückschritt in allen sozialen Errungenschaften ist auf dem Wege. Der deutsche Unternehmer fühlt sich heute sicher vor allen sozialen Experimenten von Seiten der Arbeiterklasse; er fühlt den Schatten der Entente. In diesem Schatten aber gebelien keine sozialen Fortschritte. Wenn irgendwo in Deutschland ein Schlag gegen irgend eine soziale Position der Arbeiter geführt wird, dann heißt es — nicht wörtlich natürlich, aber immer doch deutlich genug zwischen den Zeilen: ja, was ist da zu machen, die Entente befiehlt, die Entente wünscht es so, wir müssen mit den Massen heulen. Es ist merkwürdig, wie schwach und wie leise der Protest in der rechtsstehenden Presse klingt, wenn es sich um irgend ein soziales Recht der Arbeiter handelt, das durch die Entente bedroht ist. Wenn auch manchmal die nationalistiche Seele der Erzpatrioten in Wallung geraten möchte, die kapitalistische Seele fühlt sich wohl und geborgen.

Die Arbeiterklasse darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dem Augenblick, wo in den Reihen der Kapitalisten manche Leute so etwas wie Geschnack an der Erfüllungspolitik gewinnen, diese Erfüllungspolitik sich zu einer gefährlichen Gefahr für das Proletariat auswächst. Das Proletariat ist heute das Rückgrat des Deutschen Reiches. Das Proletariat ist der Herdstein, der die Steuerlast und damit das Fundament Deutschlands trägt. Der Kampf des Proletariats um seine Existenz ist zugleich ein eminent nationaler Kampf. Der deutsche Kapitalismus ist mit dem Entente-Kapitalismus verflochten, wie früher die deutschen Dynastien mit allen Höfen Europas verschwiegert und verschwägert waren. Der deutsche Arbeiter ist heute der nationale Mensch in Deutschland. Sein Schicksal ist aber zugleich das Schicksal der Massen in Europa. Je tiefer der deutsche Arbeiter sozial steht, je größer seine Ausbeutung, um so schlimmer steht es auch für die Arbeiter in den übrigen europäischen Staaten. Das Lohnniveau des deutschen Arbeiters bildet den Maßstab der Lohnnormen. Je schlimmer die Lage und Ausbeutung in Deutschland, desto größer der soziale Ausfall in Europa wie in Amerika. Der deutsche Arbeiter ist der Arbeiter der Arbeiter.

Es gibt jetzt vielfach Leute, die meinen, mit der Sozialisierung und dergleichen Dingen sei jetzt nichts zu machen, zunächst müsse der Wiederaufbau, der Wiederaufbau überhaupt, wenn auch kapitalistisch, kommen. Wenn die Welt sich nur etwas zusammenfinde, dann sei Arbeit in Hülle und Fülle da, eine neue kapitalistische Blütezeit stehe dann bevor. Kapitalistische Blütezeit, eine Neublüte, eine Nachblüte — möglich. Möglich aber auch eine ebenso furchtbare Ausbeutung wie bei der ersten Blütezeit des Kapitalismus. Die Entente will haben, daß in Deutschland Ordnung in die Finanzen kommt. Sie will nicht diese Ordnung auf Kosten des Kapitalismus schlechweg, denn das wäre ein schlechtes Beispiel. Die Entente fordert den Abbau der Reichszuschüsse, die Einschränkung der Rentenzahlung, obgleich selbst den bürgerlichen Blättern in Deutschland vielfach vor den Folgen dieser Ententemaßnahme graut. Das „Non possumus“ des Reichskabinetts im Eisenbahnerstreik, die Ablehnung einer einmaligen allgemeinen Beihilfe — ist es bereits eine Verwirklichung der kommenden Finanzkontrolle? Hat die Interaktivierte Kommission in Koblenz nicht bereits verlangt, daß sie vor einer endgültigen Beschlussfassung über die Zulage der Angestellten im Eisenbahnverkehr zu hören sei?

„Die Entente hat's gesagt.“ — Eine Ausrede und ein totes Urteil.

Der Eisenbahneretat für 1922.

Berlin, 6. Januar. Die Telegraphen-Union ist in der Lage, ausführliche Mitteilungen aus dem Eisenbahneretat für 1922 zu machen. Der Haushalt der deutschen Reichsbahnen für das Rechnungsjahr 1922 beläuft im ordentlichen Haushalt bei den fortdauernden Ausgaben mit 65 928 628 000 Mark und in den Einnahmen mit derselben Summe ab. Der Zuschuß beim ordentlichen Haushalt, der 1921 (nach dem Nachtragsetat) noch 10 835 013 000 Mark betragen hat, ist also vollständig entfallen. Der Etat balanziert. Der außerordentlichen Haushalt sind vorgesehene Ausgaben 4 789 259 000 Mark, an Einnahmen 6 500 000 Mark, sodaß also ein Zuschuß von 1 710 741 000 Mark (gegen 35 631 013 000 Mark im Jahre 1921) erforderlich ist. Das Reichsverkehrsministerium will mit Nachdruck versuchen, das nunmehr feststehende Gleichgewicht im ordentlichen Haushalt zu erhalten. Zu diesem Zwecke soll den Kosten einer weiteren Geldentwertung durch jeweilige sofortige Anpassung der Tarife begegnet werden. Im übrigen soll durch Fortleitung und weitere Ausgestaltung der Sparmaßnahmen der Vermehrung der Betriebsführung wirtschaftlicher gestaltet werden. Die Maßnahmen der Sparmaßnahmen können jedoch nur allmählich in Erscheinung treten. Ihre Ergebnisse werden bei der künftigen Tarifgestaltung berücksichtigt werden.

Steigende Kurse.

Berlin, 5. Januar. An der Berliner Börse am Donnerstag, dem 5. Januar, setzte sich die Kurssteigerung der ausländischen Zahlungsmittel fort. Dollarknoten wurden anfangs mit 197 gehandelt und ließen vorübergehend auf 202. Amtlich notierten Kabel New-York 201½, London 847½ und Holland 7450. Die feste Tendenz des Devisenmarktes erklärt sich in der Hauptsache aus Ankäufen der Industrie, die der ausländischen Zahlungsmittel zur Deckung ihrer Rohstoffversorgung bedarf. Am Aktienmarkt war die Stimmung nicht einheitlich, da die Spekulation die etwas erhöhten Kurse benutzt, um ihre Gewinne zu realisieren. Das Privatpublikum zeigt jedoch noch sehr große Kaufkraft.

„Nationalarmee“ — Schutzpolizei.

Auf eine Anfrage der Unabhängigen, ob sich die in München bestehende rechtsradikale Geheimorganisation auch auf Franken einstrede, hat Severing die Antwort erteilt, daß eine Vereinigung „Nationalarmee“ in Frankfurt a. M. festgestellt wurde, die im Zusammenhang mit der Münchener Geheimorganisation stand. In der Antwort heißt es u. a.:

„In dieser Angelegenheit wurde der Leutnant a. D. Heinz in Frankfurt a. M. und der Schutzpolizeiwachmeister Sonderhoff in Berlin in Haft genommen.“

Es schweben in dieser Angelegenheit Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. und wegen des etwaigen Zusammenhangs mit den Mordern von Erzberger beim Generalstaatsanwalt und dem Untersuchungsrichter in Offenbach. Die Ergebnisse dieser Ermittlungen sind noch nicht bekannt. Bekannt ist nur, daß der Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M. die gerichtliche Verurteilung wegen Verstoßens bezw. Vergehens gegen § 128 des Strafgesetzbuches und § 1 der Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 und 24. Mai 1921, § 73 des Strafgesetzbuches gegen folgende Personen eröffnet hat:

1. den ehemaligen Schutzpolizeiwachmeister Ernst Sonderhoff
2. den Polizeioberleutnant Arwed Siebert
3. den Leutnant a. D. Wilhelm Heinz
4. den Polizeiuwachtmeister Ludwig Schmidt
5. den Polizeiuwachtmeister Edward Schwarze

Heinz steht auch im Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung Erzbergers.“

Durch diese Antwort wird auch dem kommunistischen Gerede, daß die Regierung nichts gegen Orgeß und Selbstschuß unternehme, vollkommen der Boden entzogen.

Eine weitere Antwort beschäftigt sich mit den Äußerungen der beiden Polizeioffiziere in Hamburg über die Ermordung Erzbergers, die bekanntlich die Worte gebrauchten: „Es ist gut, daß das Schwein tot ist; so werden noch mehrere folgen!“ — Der „Demokrat“ Dominicus hatte diese Polizeioffiziere auf Verantwortung des Regierungspräsidenten le-diglich verurteilt und mit einer Geldstrafe in Höhe des halben monatlichen Grundgehaltes bestraft. In der Antwort sagt nun Severing:

„Ich habe dem Regierungspräsidenten nicht im Zweifel darüber gelassen, daß ich mit Rücksicht auf die Schwere des Vergehens diese Verantwortung nicht billigen kann. Da jedoch die endgültige Entscheidung in der Sache selbst bereits längere Zeit vor meinem Amtsantritt erfolgt war, und eine nochmalige Bestrafung wegen ein und derselben, schon einmal mit Strafe belegten Handlung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht zulässig ist, habe ich von weiteren Maßregeln gegen die beiden Oberbeamten absehen müssen.“

Die preussische Schutzpolizei muß, entsprechend ihrem Dienst, treu auf dem Boden der Verfassung stehen. Gegen Schutzpolizeibeamte, die dieser Forderung in ihrer Gewissung oder Betätigung nicht entsprechen, wird in Zukunft auch ohne daß es hierfür der Einsetzung eines besonderen Ausschlusses bedarf, (wie in der Anfrage verlangt wurde) unangenehm, gegebenenfalls durch Entlassung aus der Schutzpolizei eingeschritten werden.“

Wir können über diese Antwort nur unsere Genugtuung

Grussers Freunde melden sich.

Genosse Hermann Müller schreibt uns: Meine kleine Anfrage im Reichstag nach dem Ausgang des Strafverfahrens gegen den Hohenzollernbankier Grusser hat die deutschmonarchistische Presse mobil gemacht. Statt sich darüber zu freuen, daß — hoffentlich bald — die Reichsregierung die gewünschte Aufführung geben muß, sucht diese Presse von der ihr unangenehmen Affäre durch einen Angriff auf mich abzulenken. Kreuzzeitung, Deutsche Tageszeitung usw. benutzen dazu eine Notiz der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande“, durch die der Reichsanwalt Birck gebeten wird nachzutragen, welche Gründe nicht veranlassen, freundschaftliche Beziehungen zu dem bekannten Schieber S. Parmat, Inhaber der N. V. Amsterdamschen Export und Import Maatschappij zu unterhalten. Die niederländische bergisch-märkische Zeitung geht noch weiter und meint, daß ich wohl gewichtige Gründe gehabt haben würde, Geschäftsverbindungen mit dieser Firma anzuknüpfen.

Ich bemerke dazu das folgende: Ich habe Herrn S. Parmat im April 1919 in Amsterdam in einem Kreise mit holländischer Sozialisten kennen gelernt. Mir ist bis heute nicht eine einzige Tatsache bekannt geworden, welche den in der deutschmonarchistischen Presse gegen Herrn Parmat und seine Firma erhobenen Vorwurf der Schließung rechtfertigen könnte. Dagegen ist mir bekannt, daß ein Berliner Blatt, das früher ähnliche Vorwürfe erhob, nachdem Herr Parmat gerichtliche Klage angeklagt hatte, den Vorwurf alsbald zurücknahm. Die deutschmonarchistische Entlastungsoffensive zu Gunsten des Hohenzollernbankiers Grusser müßte im übrigen schon deswegen fehlschlagen, weil ich niemals in irgendwelchen Geschäftsverbindungen zu Herrn Parmat oder seiner Firma gestanden habe, während die Geschäftsverbindungen des Hauses Hohenzollern zu Herrn Grusser nicht, wie die „Bergisch-märkische Zeitung“ schreibt, auf vorfreundlicher Schmäherungen beruhen, sondern durch Urteil der 9. Strafkammer des Berliner Landgerichts festgestellt sind.

Die künftige Laufbahn der Beamten.

Berlin, 5. Januar. In einer Entschließung hat der Reichstag die Reichsregierung ersucht, für die künftigen Laufbahnen der Beamten allen Reichsverwaltungen allgemeine gültige Grundzüge zu erlassen, insbesondere abweichender Regelung in besonderen Fällen bei begründetem Bedürfnis. Diese Grundzüge sollen für Beförderungen sowohl der Nachweis der Befähigung durch Ablegung der Prüfung als durch die Bewährung im Dienst gelten lassen. Die Aufstellung der Grundzüge soll nach Vereinbarung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Beamten erfolgen. Sie sind dem Reichstag zur Nachprüfung vorzulegen. Im Verlaufe dieser Entschließung hat zunächst eine Beiprägung zwischen Vertretern der Reichsverbände und der einzelnen Landesregierungen stattgefunden. Am Anschluß hieran beabsichtigt der Reichsminister des Innern, die Frage mit den Vertretern der Vereinigungen der Beamten zu erörtern. Folgende Punkte werden zu erörtern sein: Welche Vorbildung ist von den Beamten zu verlangen? Soll für die in Gruppe V eintretenden Beamten eine gewisse Vorbildung gefordert werden oder genügt es, wenn dies für die Beamten, die in Gruppe VII ihre Eingangsstelle haben, genügt? Welche Art von Vorbildung ist zu verlangen? (Mittelschulbildung, Reife für Obersekunda, Reife für Prima, Reifezeugnis einer neunstufigen Lehranstalt.) Ist das vollendete 17. Lebensjahr als Mindestalter und das vollendete 65. als Höchstaltersgrenze für zutreffend zu erachten? Welche Prüfungen sind zu verlangen? Sollen Karzelebeamte eine Prüfung ablegen? Soll eine Prüfung für die in Gruppe V eintretenden Beamten gefordert werden, oder genügt es, eine solche für die Beamten in Gruppe VII vorzulegen? Ist für die Beamten des Registratordienstes eine leichtere Prüfung einzurichten als die für die Beamten des Bureauendienstes geforderte? Gelte die preussische Prüfungsordnung vom 21. August 1894 für die im Bureau- und Kassendienst eintretenden Subalternbeamten als Grundlage für die zu erlassende Prüfungsordnung der in Gruppe VII eintretenden Beamten? Die Beiprägung soll am 13. Januar im Reichsministerium des Innern stattfinden.

Um das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 5. Januar. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates befaßte sich am Donnerstag mit dem Arbeitszeitgesetz. Von dem Berichterstatter der Arbeitnehmer wurde der Gehentwurf als unannehmlich bezeichnet, die Grundlage, für eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit zu bilden, wie sie von Arbeitnehmerseite schon lange gefordert wurde. Der Berichterstatter der Arbeitgeber erklärte, daß man auf Arbeitgeberseite geneigt sei, die Beratung des Entwurfes fortzusetzen, daß diese Beratungen aber nur fruchtbar seien, wenn der Unterausschuß bestimmte Richtlinien für seine Beratungen empfinde. Nach heftiger Debatte gelangte schließlich mit 15 gegen 13 Stimmen folgender Antrag von Arbeitnehmerseite zur Annahme:

„Der Sozialpolitische Ausschuss beschließt, daß der Unterausschuß, das von der Regierung vorgelegte Gesetz weiter berät, aber in den Kreis seiner Beratungen die Erweiterung des Gesetzes auf die ausgeschlossenen Kategorien der Arbeitnehmer nicht aufnimmt. Der sozialpolitische Ausschuss hält es aber für erforderlich, daß die Regierung möglichst bald Gesetzentwürfe für die in das Gesetz nicht eingeschlossenen Kategorien vorlegt, insbesondere für gewerbliche Angestellte.“

Der Antrag auf weitere Sachverständigenberatungen und die interimsweise Einbringung eines Reichsnotgesetzes zur Verlängerung der Gesetzeskraft der 2. Z. geltenden Verordnung wurde abgelehnt. Deswegen ein Antrag, der das vorliegende Gesetz als unannehmlich bezeichnete und Schaffung eines einheitlichen Entwurfes verlangte.

Die Annahme des Antrages der Arbeitnehmer hat eine Situation herbeigeführt, die die Arbeitnehmer veranlaßt, ihre Mitarbeit einzustellen. Zur Klärung der strittigen Frage wurde beschlossen, eine zweite Beratung vorzunehmen.

Die Vorgänge vom 9. November.

Berlin, 5. Januar. Am Sonntag veröffentlichte der ehemalige Reichsanwalt Friedrich Paner im Berl. Tageblatt einen Artikel, in dem er sich mit den Ereignissen am Revolutionstage beschäftigte. In diesem Zusammenhang mocht Paner einige Angaben, die — offenbar infolge der mehr als drei Jahre, die inzwischen darüber verstrichen sind — einige tatsächliche Irrtümer enthalten und der Richtigstellung bedürfen. Paner schreibt: „Etwa um 12 Uhr Hefen sich Scheidemann, der aus dem Kriegskabinett ausgetreten war, Scherl und ein Dritter, ich meine Meiß, melden. (Beim Reichsanwalt Prinz Max von Baden. Red.) Sie erklärten, von der sozialdemokratischen Partei beauftragt zu sein, die Regierung bis auf weiteres zu übernehmen. Scherl sollte Reichsanwalt werden; sie wollten für Ruhe und Ordnung sorgen und waren überzeugt, dazu auch imstande zu sein.“

Diese Ausführungen sind geeignet, die tatsächlichen Vorgänge in ein falsches Licht zu rücken. Tatsächlich erschienen nicht drei Personen beim Reichsanwalt, sondern fünf unter ihnen he-

Stau, ferner der — inwischen verstorbenen — Genosse Gustav Heller um eine weiterer Genosse. Es wurde auch nicht die Forderung zum Ausdruck gebracht, daß Ebert Reichstanzler werden solle. Sondern unsere Genossen wollten sich lediglich im Auftrag der Partei über den Stand der Dinge, den Rücktritt des Kaisers usw. informieren. Prinz Max erklärte hierauf, daß er ihnen nach Ablauf einer Stunde über diese Fragen Auskunft erteilen werde. Nach deren Ablauf machte er selbst den Vorschlag, daß Ebert das Reichstanzleramt übernehmen solle. Um eine falsche Geschichtsbildung zu vermeiden, erschien es an der Stelle, die Vorgänge vom 9. November in dieser Weise richtigzustellen.

Das Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit der Richter.

Von der „Görlitzer Volkszeitung“ wird uns folgendes interessante Schriftstück zur Verfügung gestellt:
Schwarzenberg, den 30. Dezember 1921.
An das Amtsgericht

zu Görlitz.
In hiesigen sozialistischen Kreisen hat das Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit der Richter neue Nahrung dadurch erhalten, daß vom Amtsgericht Görlitz verschiedene Angehörige bürgerlicher Kreise nur mit 100 Mk. bzw. 200 Mk. Geldstrafe verurteilt worden sind, weil sie gelegentlich des Görlitzer Parteitag der SPD, die vor dem Tagungsgebäude wehende rote Fahne zerrissen haben, während zwei Angehörige der SPD, die am Besetzungstage der ehemaligen deutschen Kaiserin die von der Deutschen Volkspartei in Düren gestiftete schwarz-weiße rote Fahne heruntergerissen haben, vom Amtsgericht Düren mit je 3 Monaten Gefängnis bestraft worden sind.

Der Unterzeichnete, der zugleich Stadtverordneter ist, ist gebeten worden, den Fall im Interesse des Ansehens des deutschen Richterstandes aufzuklären und evtl. eine Berichtigung in der „Ergeb. Volksstimme“, dem hiesigen Organ der SPD, zu veranlassen, weil dort mit Rücksicht auf die erwähnten beiden Urteile die Unparteilichkeit der deutschen Richter in Frage gestellt worden ist.

Es wird deshalb um möglichst umgehende Ueberlassung der Akten auf kurze Zeit oder, falls dies nicht möglich sein sollte, um alsbaldige Mitteilung einer Urteilsabschrift gebeten. Etwasige Kosten bittet man nachzunehmen.

Amtsgericht Schwarzenberg.
J. B.

gez. Amtsgerichtsrat Dr. (Wentz oder May).
Bezeichnend ist, daß man selbst in Richterkreisen eine Untersuchung für notwendig hält, also von der Unparteilichkeit selbst nicht mehr so sehr überzeugt ist. Man muß abwarten, ob das Amtsgericht in Görlitz der Bitte des Amtsgerichtsrats in Schwarzenberg nachkommen und wie die Antwort ausfallen wird.

Niederschönenfeld.

Von unserem Münchener Korrespondenten.
München, 4. Januar.

Die vom bayerischen Justizministerium ausgearbeitete Denkschrift über die Strafanstalt Niederschönenfeld ist keineswegs dazu angetan, die erregten Gemüter zu beruhigen und die in Bayern besonders ausgeprägten Parteigegensätze abzumildern. Unsere bayerische Parlamentskorrespondenz nennt sie mit Recht eine „Streitschrift“ und keine „Denkschrift“.

Ganz abgesehen von dem verletzenden Charakter des Machwerkes tritt aus ihm eines zutage, nämlich die schwere Unterlassungssünde der Regierung, daß sie anstatt die Gegensätze zwischen den Gefangenen zu schüren und die hysterischen und pathologischen Elemente unter ihnen bis aufs Blut zu peinigen, die gemäßigten Elemente, die sie so rühmt, nicht an einem anderen Ort Bayerns untergebracht hat. Diese Unterbringung in einer anderen Anstalt hätte viel Konflikstoff beseitigt und Niederschönenfeld nicht zu dieser Berühmtheit verholfen. Recht traurig nimmt sich aber doch die breit angelegte Ausbeutung der geistigen Produkte Mühsams in der Denkschrift aus. Was die Phantastik der Münchener Rätezeit dachten und schrieben, haben wir noch 1919 zur Genüge genossen. Warum also diese zynische Verhöhnung des sogenannten „Höhl-Liebes“, das für jeden vernünftig Denkenden der Auszug eines gequälten und gemarterten Herzens darstellt? Wegen dieser blödsinnigen Poesie mußte Mühsam eine Woche auf dem Fußboden schlafen! Geradezu lässlich nehmen sich aber in der Denkschrift die Zeugnisse der „guten“ Gefangenen aus! Diese „Befehle“ und „Begnadenen“ schildern Niederschönenfeld förmlich wie eine wohlthuende Heilanstalt!

Die ganze Denkschrift beweist nur, daß die bayerische Justizverwaltung die ihr unliebsten politischen Gefangenen lediglich vom Standpunkt des Büttels und der Bureaukraten zu behandeln vermag, daß sie trotz Revolution und Aenderung unserer Staatsform den politischen Gegner hinter den Festungsmauern nicht zu bessern und zu erziehen, sondern für neue Gewaltpolitik zu verhärten bestrebt ist.

Genosse Niekisch, einer der Dulder von Niederschönenfeld, stellt in der „Münchener Morgenpost“ in einem längeren Artikel fest:

Die Angaben in der Denkschrift Niekisch sind in keinem einzigen Punkt widerlegt. Die Regierungsdienstschrift ist nicht sachlich. Sie ist die Verteidigungsschrift einer Partei, die fühlt, daß ihre Stellung schwach und angreifbar ist. Graf Ledebur, enthielt die Zustände in Niederschönenfeld, ohne je selbst dort gewesen zu sein. Wenn die Regierung ein gutes Gewissen hat, wird sie selbst einen Untersuchungsausschuß vorschlagen, wenn sie sich weiterhin gegen den Untersuchungsausschuß kräut, beweist sie, daß ihr Gewissen sehr schlecht ist.

Neuer Geschichtsunterricht!

Ein Oberlehrer schreibt uns zur Frage der Abschaffung der gebräuchlichen Leitfäden im Geschichtsunterricht:

Jeder von wahren historischen Geist durchdrungene Forscher und Lehrer möchte sich über den dringlichen Antrag Ueberwindung der erbärmlichen Leitfäden von den Schulen zu entfernen, von ganzem Herzen freuen. Auch die Frisierung ist durchaus am Platze. Ja, sofortige Abschaffung wäre wünschenswert. Man merke nicht etwaige Störung des Unterrichts ein; in diesen Fällen verweise eben der Geschichtslehrer gegen seine Pflicht, den Unterricht so lichtvoll zu gestalten, daß der gebotene Stoff be-

reits im Unterrichte voll erfaßt wird. — Es ist unverständlich, warum die Oberlehrerbehörde so früh an den alten Leitfäden festhält, während der preussische Kultusminister Haenisch bereits am 6. Dezember 1919 die sofortige Abschaffung solcher Büchlein verfügte. Warum hat man nicht den Rat kompetenter Fachleute eingeholt? Leitfäden sind ein Krebsgeschwür des Geschichtsunterrichts und gefährden die Objektivität desselben aufs Schlimmste, da jeder Zusammenstreiber seine Tendenz in das Kompendium hineingebragt hat, die Schüler und Schülerinnen in ihrer Unreife beim Nachlesen dann akzeptieren. Entscheidend aber ist, daß in sämtlichen Leitfäden der monarchische Staat als Ideal verherrlicht wird. So wird der heutigen republikanischen Verfassung geradezu ins Gesicht geschlagen. Kann man sich nun etwas Widerwärtigeres denken? Gibt es etwas Inkongruenteres? Objektivität ist die selbstverständliche Aufgabe des Unterrichts, zumal des Geschichtsunterrichts, der die gesamte Kultur zu erfassen hat. — Aber auch für den Lehrer bedeuten die Leitfäden eine Gefahr. Wie ich an verschiedenen höheren Schulen Deutschlands beobachtet habe, gibt es Lehrer mit Geschichtslehrerbefähigung, die — man höre und staune! — sich stützte an den Stoff des Leitfadens halten! Ueber solche Herren ist kein Wort zu verlieren; sie predigen sich ihre Existenzberechtigung als Lehrer ab; denn in diesem Falle würden die Zöglinge des Gebotenen besser im Leitfaden lesen. Leider ist ja die Geschichte ein Zummehlsack für Leute geworden, die keine Lehrbefähigung für dieses so wichtige Fach besitzen und somit nicht die erforderlichen Kenntnisse besitzen können. Mögen sie noch so viel in wissenschaftlichen Werken nachlesen, sie haben keinen Gewinn davon, weil sie nicht gelernt haben, wissenschaftliche Werke zu benutzen. — Also fort mit den Leitfäden, diesen Nachwerken, die nur subalterne Geister befriedigen können! — Für die Schüler genügt eine synoptische Tabelle, wie sie von Kammerau herausgegeben ist. Selbstverständliche Pflicht des Lehrers ist es dann natürlich, die Schüler in die Quellen, besonders die monumentalen — denn diese sind objektiv! — einzuführen. Bei Behandlung des Altertums sind z. B. die Ergebnisse der Ausgrabungen bildlich zu zeigen, ohne die ein Eindringen in die Kultur nicht möglich ist. Daß der Geschichtslehrer des Altertums z. B. geschulter Archäologe sein muß, bedarf nicht der Erwähnung. Von sämtlichen literarischen Quellen sind dem Schüler Proben zu geben, so daß er in der Lage ist, über sie zu urteilen. Vor allen Dingen hat sich der Lehrer zu bemühen, die Tendenz der Autoren scharf herauszuarbeiten, damit jedem Kadavergehorsam Quellen gegenüber die Spitze abgebrochen wird. Daß endlich die Schüler mit den gesicherten Ergebnissen der modernen Forschung vertraut werden, dafür zu sorgen, ist Ehrenpflicht jedes Geschichtslehrers.

Der Leipziger Parteitag.

Am nächsten Sonntag beginnt in Leipzig der Parteitag der Unabhängigen. In der unabhängigen Presse geht ihm eine lebhafte Debatte voraus, in der die Fragen der Einigung und der Regierungsbildung lebhaft behandelt werden. Schon diese Art der Diskussion zeigt den Wandel der Zeiten. Denn noch vor einem Jahre war es wenigstens äußerlich, die allgemeine, kaum bestrittene Ueberzeugung der unabhängigen Partei, daß Koalitionen mit bürgerlichen Parteien zum Zweck der Regierungsbildung auf alle Fälle ein Verrat an den Grundfäden des Klassenkampfes wären, und daß daher eine Einigung mit den „Regierungssozialisten“ ganz undenkbar sei, solange sich diese nicht von jedem Bündnis mit bürgerlichen Parteien abgewendet hätten und zu den Prinzipien des reinen Klassenkampfes zurückgekehrt wären. Heute aber wagen sich in der USB. nicht nur Stimmen hervor, die eine Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien als eine Notwendigkeit einer garnicht mehr ferneren Zeit ankündigen, sondern dabei werden auch allerlei Zweifel darin laut, ob die Koalition mit bürgerlichen Parteien wirklich die Todesünde sei, für die man sie bisher gehalten hatte.

In der Berliner „Freiheit“ veröffentlicht der bekannte deutsch-österreichische Marxist, Genosse Otto Bauer, eine längere Abhandlung zur Verteidigung der Koalition, die die österreichischen Sozialdemokraten unmittelbar nach der Revolution mit den christlich-sozialen, einer reaktionär-kerikalischen-antidemokratischen Partei gebildet hatten. Er weist mit großer Verständlichkeit nach, daß diese Koalition nichts anderes als eine Etappe der sozialen Revolution gewesen sei, und daß sie sich grundsätzlich von dem „Ministerialismus“ anderer Länder unterscheidet. Bauer bezieht sich dabei besonders auf den „Ministerialismus“, wie er vor 20 Jahren in Frankreich im Schwange gewesen sei. Er meint, diese Art von Ministerialismus sei aus der Verzweiflung an der proletarischen Revolution geboren und habe in einen gewöhnlichen „Kartellismus“ gemündet. Uns liegen die deutschen Verhältnisse von heute näher, als die französischen von vor 20 Jahren. Daß aber für diese deutschen Verhältnisse nicht das zutrifft, was Bauer von den französischen Verhältnissen vor 20 Jahren behauptet, dafür ist die Haltung der deutschen Unabhängigen selbst der beste Beweis.

Als die deutsche Sozialdemokratie im Mai 1921 wieder in die Reichsregierung eintrat, stand sie mit den Unabhängigen in enger Fühlung. Diese waren damals selbst vollkommen davon überzeugt, daß der Sozialdemokratie unter den gegebenen Umständen garnichts anderes übrig bleibe als wieder in die Regierung einzutreten. Die gegenwärtige Koalitionsregierung im Reich ist sozusagen unter der Patronanz der Unabhängigen zustande gekommen, und als sie an der Oberschlesienfrage zu scheitern drohte, wurde sie von den Unabhängigen tatkräftig gestützt. Nur die kommunistische „rote Fahne“ gefällt sich zurzeit noch in Entrüstung über die Koalition der Sozialdemokraten mit bürgerlichen Parteien und stößt in gemessenen Abständen Rufe nach dem Sturz des Kabinetts Wirths aus, ohne bei den Unabhängigen auch nur das geringste Echo zu finden.

Meinungsverschiedenheiten in der Koalitionsfrage gab es zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen eigentlich nur wegen der preussischen Regierungsbildung. Aber hier ging die Trennungslinie nicht zwischen den beiden Parteien, sondern auch ein großer Teil der Sozialdemokraten war ursprünglich Gegner dieser erweiterten Koalition. Er verzerrte sich in dem Maße, in dem die Meinung zum Durchbruch kam, daß die Stellung des Kabinetts Wirth (die auch die Unabhängigen aufrechtzuerhalten wünschten) auf die Dauer nicht haltbar sei, ohne den Sturz der Regierung Siegerwald und den Wiedereintritt der Sozialdemokraten in das preussische Kabinett. Seitdem nun die Bildung der neuen preussischen Regierung vollzogen ist, hat sich die Erregung der Opposition längst wieder gelegt. Zu der befürchteten neuen Verschärfung der Gegensätze zwischen So-

zialdemokraten und Unabhängigen, ist es deswegen nicht gekommen.

Unter solchen Umständen wird man kaum annehmen können, daß die Koalitionspolitik der deutschen Sozialdemokratie ebenso zu beurteilen sei wie der von Bauer beurteilte Ministerialismus der französischen Genossen vor 20 Jahren. Man wird eher sagen dürfen, daß die von der deutschen Sozialdemokratie geschlossenen Koalitionen in dieselbe Kategorie gehören, wie jene, von Bauer verteidigte Koalition, die die Sozialdemokratie Österreichs mit den dortigen Christlich-Sozialen eingegangen hatten. Auch von ihnen wird man sagen dürfen, daß sie Etappen auf dem Wege der sozialen Revolution sind, wie auch der marxistische Denker, Otto Bauer, nicht als einen sich von heute auf morgen vollziehenden Umsturz betrachtet, sondern als eine wechselvolle Entwicklung vieler Jahre.

Die österreichische Koalition und die Tatsache, daß die deutschen Unabhängigen der reichsdeutschen Wirth-Koalition ohne jeden Widerspruch gegenüberstehen, beweisen jedenfalls, daß der Gegensatz zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den deutschen Unabhängigen nicht in der verschiedenen Beurteilung der Koalitionsfrage gesucht werden darf. Würden heute die beiden Reichstagsfraktionen eine gemeinsame Sitzung abhalten, in der beschlossen werden sollte, ob die sozialdemokratischen Minister in der Regierung bleiben, oder ob sie austreten sollen, dann würde höchstens eine winzige Minderheit im Krisen und Rosenfeld für den Austritt stimmen. Eine gewaltige Mehrheit wäre für das Verbleiben. Auch die unabhängigen Abgeordneten würden zum größeren Teile dafür stimmen. Das kann niemand bestreiten, der die Verhältnisse in den beiden Fraktionen kennt. Wenn aber die Koalitionsfrage keinen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen bildet, wo ist dieser Gegensatz heute überhaupt noch zu finden?

In Wirklichkeit sind die beiden Parteien heute nicht mehr durch Meinungsverschiedenheiten über die gegenwärtig zu treibende Politik voneinander getrennt. Was sie trennt, das ist nichts anderes als „töricht Erinnern und vergeblicher Streit“. Nicht die Fehler der Gegenwart, sondern die Sünden der Vergangenheit lasten auf den beiden Teilen der politischen Arbeiterbewegung und verhindern vorläufig noch ihre Wiedervereinigung.

Von den Unabhängigen wird man freilich nicht das Geständnis erwarten dürfen, wie weit sich der dröhte Teil von ihnen schon wieder den sozialdemokratischen Auffassungen genähert hat. Noch besteht ja, wenigstens auf dem Papier, das Leipziger Aktionsprogramm, das die Erhebung der parlamentarischen Demokratie durch das „politische Rätekönigreich“ verkündet. Und der linke Flügel der Partei klammert sich krampfhaft an dieses wissenschaftlich unhaltbare, durch die tatsächliche Entwicklung längst widerlegte Programm. Die Unabhängigen werden also gezwungen sein, einstweilen noch ihren eigenen Weg weiterzugehen, der für sie ein Weg der Leiden und der bittersten Enttäuschungen ist. Wahrscheinlich wird erst ein zwingendes politisches Ereignis notwendig werden, das die beiden von einander getrennten Teile der politischen Arbeiterbewegung den großen, wachsenden und den kleineren, verkümmerten wieder zusammenwirft und damit die von den Massen ersehnte Einigkeit verwirklicht.

Volkswirtschaft.

Viehmärkte.

S a m b u r g, 5. Januar.
Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein. Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird mitgeteilt: Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: I. Qualität Ochsen und Kühe 1050—1150 Mk., II. Qualität 875—1000 Mk., III. Qualität 750—850 Mk., I. Qualität Bullen 950—1050 Mk., II. Qualität 800—900 Mk., III. Qualität 675—750 Mk., Vollsichtige und fette Schweine bis 5 Jahre alt 950—1050 Mk., ältere fette Schweine 800—900 Mk., mäßig genährte 600—750 Mk., geringe Größe 400—550 Mk., I. Qualität Widder 450—650 Mk., 950 Mk., II. Qualität 70—810 Mk., III. Qualität 450—650 Mk., Anfuhr 2405 Rinder (hierunter 597 Ochsen, 208 Kühe, 563 Bullen, 977 Röhre) und 1201 Schafe. Der Handel verlief mit Rindern bei starkem Angebot ruhig; die Preise der Vorkasse konnten nicht bestimmt werden. Mit Schafen war das Geschäft unverändert gut. Durch die Landw.-Kammer wurden 230 Rinder und 195 Schafe verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 5. Januar.
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	5. Jan.	4. Jan.
Amsterdam	100 fl.	7417 55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1525 45
Kristiania	100 Kr.	3136 55
Kopenhagen	100 Kr.	4005 95
Stockholm	100 Kr.	4985 —
Helsingfors	100 Finn. Mk.	350 —
Rom	100 Lire	851 60
London	1 £	845 65
New York	1 Doll.	201 29
Paris	100 Frs.	1593 40
Zürich	100 Frs.	3591 10
Madrid	100 Pesetas	2967 —
Wien	100 K.	5 88
Budapest	100 K.	31 96
Prag	100 K.	323 15

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsart	Fahrtzeit
					Lage
Angekommen am 5. Januar.					
D.		Wiking	Ch. Hansen	Rudköbing	1
D.		Albert	Seelund	Rudköbing	1
D.	E.	Gela	Nooen	Burg	1
D.		Helene Jensen	Naenan	Burg	20
D.		Fehmarn	Schwinn	Burglaaken	3
D.		Weitauen	Parsson	Rosenhagen	14
D.	E.	Helene	Krahn	Odene	2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freiheit Lübeck und Kurlerion Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interests Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Unser Inventur- AUSVERKAUF

beginnt am Montag, dem 9. Januar, morgens 8.30 Uhr

Trotz des Käuferansturmes der letzten Monate,
trotz steigender Arbeitslöhne,
trotz steigender Frachttarife,
trotz weiterer Teuerung auf allen Gebieten
**werden wir rücksichtslos
in fast allen Abteilungen
teils gewaltige Preisher-
absetzungen vornehmen**

Warten Sie darum noch bis Montag mit Ihren Einkäufen

Sie sparen bares Geld

Holstenhaus

G. m. b. H.

Lübeck

Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann

Zentralhallen.

Morgen Sonnabend: (11514)

Großes Tanzfränzchen.

Dahnenbaden, alterbeffe,

fette ungefärbene Ware, Pfd. 8.50.

Koepfke, Klingenberg 3-4. (11510)

Kolosseum

Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Beginn 8 1/2 Uhr.

Kolarich Ode.

(11481)

Sonnabend, Benefiz-Ball d. Angehörigen
7. Januar: Benefiz-Ball d. Kolosseums.

Ball

LUISENLUST

Morgen Sonnabend, den 7. Januar: (11517)

Gr. Familienball mit gr. Ueber-
raschungen.

U. T. Lichtspiele

Fünfhausen 17/19

im Hause der „Fledermaus“

Nur noch bis einschl. Montag!

TARZAN

II. Teil: „Tarzans Roman“

Das Tagesgespräch von Lübeck!

Dazu: (11515)

„Ehrenschild“.

Großes Schauspiel in 5 Akten mit

Olaf Fönss,

dem großen nordischen Künstler.

Messter-Woche.

Waisenhof

Jeden Freitag (11513)

und Sonntag:

Tanz.

HODERMANN

Morgen Sonnabend, den 7. Januar,

nachmittags und abends

Große Komponisten-Darstellung

des Kapellmeisters Loretto

zu seinem 659. Konzert. (11493)

Hansatheater.

Heute, (11487)

Freitag, 7 1/2 Uhr:

Ein Walzertraum.

Sonnabend, sowie Sonnt-

tag 7 1/2 Uhr:

Die lustige Witwe.

Operette in 3 Akten

von Franz Lehár.

Mieterschutzverein

e. V.

Versammlung

für die Burgtor-Baracken

am Sonnabend, 7. Jan.

abends 7 1/2 Uhr

im Pockenhof. (11502)

Die Antwort v. Finanzamt

Deutscher

Transportarbeiter-

Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

(11511)

Versammlung

der

Weinarbeiter

am Sonnabend, d. 7. Januar

abends 7 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

Bericht der

Lohnkommission

Die Ortsverwaltung.

Stadtheater Lübeck

Freitag, 6. Jan., 7.30 U.

Ernani (11492)

20. Ab.-Vorst. Hst. D.

Sonnabend, 7. Jan. 7.30

Tiefland.

Außer Abonnement.

Sonntag, 8. Jan. 11 U.

Öffentl. Hauptprobe

zum Sinfoniekonzert.

Solist: Professor Karl

Fiesch, Violine.

3 Uhr: 9. Vorst. f. d.

Arb.-Bildungsverein.

Wenn der junge

Wein blüht.

(Karten a. d. Theaterl.)

*7 Uhr: Lohengrin.

Montag, 9. Jan. 7.30 U.

4. Sinfoniekonzert.

Solist: Professor Karl

Fiesch, Violine. Licht-

kowsky; Violinkonzert

Strauß; Don Quixote.

Staus sprach Zar-
thustra.

Weitere Übung des

Abonnements-Beitrages

(2. Hälfte der Spielzeit)

nebst 10% Erhöhung für

jährliche Abonnenten am

Freitag, dem 6. Januar,

nachm. von 8-5 1/2 Uhr

bei der Theaterkasse.

Da die 2. Hälfte der

Spielzeit mit dem 10. d.

U. beginnt, wird um

pünktliche Zahlung ge-

beten.

Neuanmeldungen von

Abonnenten in der

Theaterkasse.

Die Direktion.

GUMMI-

SOHLEN und ABSATZE
sämtliche Marken

billig

50 Huxstr. 50.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 6. Januar.

Zur Anschlussfrage der Provinz Lübeck.

Die Anschlussfrage der Provinz Lübeck ist bereits lebhaft erörtert worden. Nicht nur in der Provinz selbst, sondern auch in den angrenzenden Ländern hat man sich mit dieser Frage mehrfach beschäftigt. Oldenburg ist natürlich gegen eine Neugliederung, während der Freistaat Lübeck und Schleswig-Holstein die Provinz Lübeck in ihr Gebiet einverleiben möchten. Nachdem durch Artikel 18 der Reichsverfassung die Möglichkeit einer territorialen Umgliederung gegeben ist und die Entscheidung darüber in dem Willen der Bevölkerung gestellt ist, kann den Wünschen eines großen Teiles der Bewohner der Provinz Lübeck auf Anschluss an den Freistaat Rechnung getragen werden. Sowohl in der Provinz Schleswig-Holstein wie auch im Freistaat Lübeck haben sich Ausschüsse gebildet, welche die Propaganda für den Anschluss der Provinz Lübeck an ihren Landesteil betreiben. Der Schleswig-Holsteinische Ausschuss hat im Sommer vorigen Jahres eine Denkschrift und kleine Flugblätter herausgegeben, worin der Anschluss an die Provinz Schleswig-Holstein gefordert wird. In diesen Tagen hat nun der Lübecker Ausschuss ebenfalls eine Denkschrift erscheinen lassen, die in kurzen Zügen die Notwendigkeit des Anschlusses der Provinz an den Freistaat Lübeck hervorhebt. In der kleinen Schrift von 24 Seiten wird aber nicht in ausführlicher Weise für den Anschluss geworben. Das reichhaltige Material, welches hier in gedrängter Kürze zusammengetragen ist, wirkt um so wichtiger, da es sich hauptsächlich auf Tatsachen stützt. Die Denkschrift ist auch zugleich eine Antwort auf die Schleswig-Holsteinische Schrift und nimmt sich gegenüber dieser vornehm aus. Da in letzterer die landwirtschaftliche Frage besonders hervorgehoben ist, so ist es erklärlich, dass die Lübecker Denkschrift sich eingehend mit dieser Sache beschäftigt. Den Landwirten der Provinz Lübeck, die bisher teilweise Bedenken gegen den Anschluss an Lübeck hatten, sei gerade dieser Abschnitt besonders empfohlen. Sie werden, wenn sie diesen Teil gelesen haben, erkennen, dass ihre Interessen bei Lübeck bestens gewahrt sind.

Die Denkschrift hat folgenden Inhalt: 1. Der Grund der Anschlussbewegung; 2. die geschichtliche Entwicklung des Fürstentums Lübeck; 3. Notwendigkeit der Trennung der Provinz von Oldenburg; 4. die Unzumutbarkeit eines Anschlusses an Preußen; 5. Beweise des wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhanges zwischen Provinz und Stadt Lübeck; 6. Gründe der Stadt Lübeck für eine Vereinigung mit der Provinz; 7. Zukunftsprognostik bei einem Zusammenschluss mit der Hansestadt Lübeck; 8. Schluss.

In dem zweiten Abschnitt wird u. a. nachgewiesen, dass die heutige Provinz Lübeck 700 Jahre mit der Stadt Lübeck vereint war. Die Trennung wurde dann vor rund 100 Jahren durch einen Gewaltakt — das Eingreifen des zürichischen Arztes — lediglich im dynastischen Interesse herbeigeführt. Wirtschaftlich ist das frühere Bistum von Anfang an Hinterland der Stadt Lübeck gewesen und auch trotz der politischen willkürlichen Trennung geblieben.

An einer anderen Stelle wird ausgeführt: „Wenn man sich weiter fragt, welche wirtschaftliche Interessengemeinschaft zwischen Oldenburg und der Provinz Lübeck besteht, so ist es außer der Tatsache, daß einige Oberbezirke sich dem oldenburgischen Statthalter angegeschlossen haben, kaum etwas zu erwähnen. Die Versorgung der Provinz mit elektrischer Energie für Beleuchtungs- und Betriebszwecke erfolgt durch einen Anchluss des „Landesverbandes“ an die Hebebrandzentrale Lübeck. Für die Ausgestaltung des Verkehrsnetzes war die Provinz, vom Straßenbau abgesehen, bisher vorwiegend auf den Staat Lübeck angewiesen. Oldenburg hat nichts in dieser Beziehung geleistet. Im Norden hat Bremen zwei Eisenbahnstrecken gebaut, um Schleswig-Holsteinische Gebietsteile miteinander zu verbinden, alle übrigen Eisenbahnen sind unter Führung Lübecks ins Leben gerufen. Die wichtigste von ihnen, die Entin-Lübecker Eisenbahn, welche die Provinz in der Längsrichtung, etwa von Norden nach Süden,

durchfährt und ein Mittelglied auf der Strecke Berlin-Lübeck-Kiel bildet, ist, wie ihr Name andeutet, ein Bedürfnis des Verkehrs zwischen Provinz und Stadt Lübeck entspringend; ihr Betrieb ist in Lübeck, auf dessen Gebiet sie die Anlagen der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft mitbenutzt. Auch zwei andere, für die Provinz wichtige Bahnen, die Lübeck-Segeberger und die Travemünde-Miendorfer Bahn, sind unter vorzugsweiser Beteiligung der Stadt Lübeck zustande gekommen. Im Bau befindet sich eine Bahn von Schwartau über die Seebäder der Provinz an der Lübecker Bucht nach Neustadt i. S., deren Plan aus den Kreisen der Lübecker Kaufmannschaft angeregt und von Lübeck nachdrücklich gefördert worden ist. Die regelmäßigen Dampferverbindungen für die Seebäder an der Lübecker Bucht werden durch Lübecker Schiffahrtsgesellschaften ausgeführt. Bad Schwartau nimmt außerdem an einem Personenschiffverkehr teil, der im Lübecker Hafen besteht. Die einzige Straßenbahn ist die stadtlübeckische elektrische Straßenbahn zwischen Lübeck und Schwartau, die im Jahre 1918 rund 3 179 000 Personen beförderte.“

Wer die Schrift weiter liest, kommt zu der Ueberzeugung, daß ganz ungelände und unnatürliche Grenzverhältnisse zwischen dem Freistaat Lübeck und der rund 45 000 Einwohner zählenden Provinz herrschen. Die Provinz, die fast ihre ganze wirtschaftliche Erziehung der benachbarten Hansestädte verdankt, ist durch Tausende von Kanälen mit dem Handelsmittelpunkt an der Trave seit vielen Jahren verbunden. Und dieses Land knüpft sich mit der zunehmenden industriellen Entwicklung Lübecks immer fester. Der am stärksten besiedelte Süden der Provinz sendet täglich Tausende von Arbeitern in Lübecks Industrie, auf Lübecks große Holzaerplätze, in die Kontore usw. Außerdem benutzen die Provinzbewohner im starken Maße die gut ausgestatteten Lübecker Bildungsanstalten, die Heilanstalten, die Hof- fahrtseinrichtungen, Arbeitsnachweise und anderes mehr. Es ist daher erklärlich, daß aus allen diesen Gründen ein großer Teil der Provinzbewohner nicht nur jetzt, sondern schon seit Jahren die Angliederung der Provinz an den Freistaat Lübeck wünscht. Dieser Wunsch trat nach dem Kriege um so stärker in die Erscheinung, da Lübeck die schwere Kriegszeit mit ihren unheilvollen Nachwirkungen verhältnismäßig gut überstand und Handel und Industrie weiter ausbauen konnte. So ist am unteren Lauf der Trave eine große Industrie in der Entwicklung begriffen, die zweifellos in den nächsten Jahren weiter ausgebaut und manchem Erwerbsmöglichkeit bieten wird.

Es steht fest, daß ein Zusammenschluss der beiden Länder im Interesse der Mitbürgerschaften, wie auch im Allgemeininteresse liegt. Nachdem im südlichen Teil der Provinz die Anschlussfrage im vorigen Jahre bereits lebhaft debattiert worden ist, ist zu erwarten, daß die Frage nunmehr weiter behandelt und endlich zur Entscheidung gelangen wird. Unsere Genossen in der Provinz haben sich bisher durchweg für den Anschluss an Lübeck eingesetzt und damit in dieser wichtigen Frage richtiges Verständnis bewiesen.

Die Denkschrift des Lübecker Ausschusses klärt zweifellos manche strittige Frage und ebnet den Weg zur Vereinigung beider Länder, die ein wirkliches Bedürfnis ist und im Interesse aller liegt.

Gebietsgrenze der Bezirkswirtschaftsräte.

Durch Rundschreiben des Vorsitzenden des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurden die wirtschaftlichen Organisationen aufgefordert, sich über die Gebietsabgrenzung der Bezirkswirtschaftsräte zu äußern. Aus diesem Anlaß fand am 28. Dezember 1921 eine Besprechung des Aktionsausschusses der freien Gewerkschaften der nordischen Wasserlande und des Bezirksvolkswirtschaftsrates der Betriebsräte für das Wirtschaftsgebiet Schleswig-Holstein statt. Vertreten waren die Orte Hamburg, Lübeck, Bremen, Harburg, Oldenburg, Stettin, Kiel, Flensburg und Neumünster.

Gutachten.

Vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat waren folgende Fragen gestellt:

- a) Sollen die drei Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck zu einem einheitlichen Bezirk verbunden werden?

- b) Soll Hamburg mit den benachbarten Städten (insbesondere Altona und Harburg) als eigener selbständiger Wirtschaftsbezirk behandelt werden?
- c) Sind Hamburg und Lübeck mit Schleswig-Holstein zu einem Bezirk zu vereinigen?
- d) Soll Hamburg mit Bremen mit Unterelbe und Unterweser einen gemeinsamen Bezirk bilden?

Die Konferenz ging von der grundsätzlichen Auffassung aus, daß die hier gestellten Fragen nur vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus zu beurteilen seien.

Zu Frage a) wird bemerkt, daß es anscheinend etwas für sich habe, wenn die drei Hansestädte zu einem Wirtschaftsbezirk zusammengefaßt würden. Handel und Schifffahrt und Schiffsindustrie haben alle drei Städte gemeinsam. Es ist aber unmöglich, die drei Städte ohne das Hinterland zusammenzufassen. Wird das Hinterland aber mit einbezogen, dann wird das Wirtschaftsgebiet zu groß, da Oldenburg von Bremen nicht zu trennen ist.

Die unter d) gestellte Frage muß mit Rücksicht auf Schleswig-Holstein verneint werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen Schleswig-Holsteins zu Hamburg sind sehr enge. Würde man nur Altona an den Wirtschaftsbezirk Hamburg angliedern und das übrige Schleswig-Holstein aber für sich belassen, so würde nur ein Teil des Industriegebietes um Hamburg erfasst und der verbleibende Teil der Provinz Schleswig-Holstein ein Gebilde werden, das für einen selbständigen Bezirkswirtschaftsrat entschieden zu klein wäre.

Ein Zusammenschluss von Hamburg und Bremen mit Unterelbe und Unterweser kann nicht in Frage kommen aus Gründen, wie sie unter a) und b) angeführt sind.

Bliebe nur noch die Frage c) nach: Zusammenlegung von Hamburg, Lübeck und Schleswig-Holstein. Diese Lösung ist wirtschaftlich gesehen, die glücklichsie. Nur darf der Bezirk nicht direkt bei Hamburg abschneiden, sondern muß das Gebiet der Unterelbe bis Cuxhaven einschließen und Harburg einbeziehen. Ein so geschaffener Wirtschaftsbezirk würde fast eine ideal zu bezeichnende Geschlossenheit aufweisen. Neben der Eisenbahn sind der Nord-Elbe-Kanal und der Elbe-Trave-Kanal hervorragende Verkehrswege, die den Norden mit dem Süden des Bezirks verbinden. Groß-Schifffahrt, Küstenschifffahrt, Hochseefischerei, Groß-Handel, Landwirtschaft, Schiffbau und andere Industrien verteilen sich auf den ganzen Bezirk.

Es wird daher empfohlen, den künftigen Wirtschaftsbezirk in den obenbezeichneten Grenzen zu errichten.

J. A.

Das Bezirks-Betriebsräte-Sekretariat der ADB und der Afa.
gez. Bauer.

Zur Angestelltenwahl.

Hohe Beiträge und niedrige Leistungen sind die Folgen der Sonderbündelei. Wer die Leistungen der Angestellten-Versicherung in Übereinstimmung mit den Beiträgen bringen will, der wähle am Sonntag, d. 8. Januar die

Vorschlagsliste D

Wählervereinigung des Afabundes Ortsausschuß Lübeck.

Wählt Liste D. (Afa) Wählt Liste D.

Auskunft wird erteilt in der Geschäftsstelle, Johannisstr. 4, Telefon 8653.

Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach

46. Fortsetzung und Schluß. (Nachdruck verboten.)

Als sie in der Kapelle aufgebracht lag im Glanz von hundert Lichtern, weißgeleitet, mit weißen Rosen bedeckt, war er nicht zu bewegen, an den Katafall heranzutreten. Erst als der Sarg geschlossen wurde, der die Kette seiner Milada barg, warf er sich über ihn und betete, nicht für sie, sondern zu ihr.

Bei der Beerdigung machte der Anblick des Schmerzes seiner alten Gutsfrau ihn fast unempfindlich für seinen eigenen. Ganz gebrochen stand sie neben ihm am Grab ihres Lieblichen auf dem stillen Klosterfriedhofe und ließ nach beendeter Trauerfeierlichkeit den Zug der Mannen vorüberziehen, ohne sich ihm anzuschließen. Nach einer Weile erst sprach sie zu Pavel:

„Führe du mich jetzt zurück auf mein Zimmer, und dann geh nach Hause und sage im Schlaf, daß sie alles zu meinem Empfang vorbereitet hatten. Ordentlich — es wird ohnehin die letzte Mühe sein, die ich meinen Leuten mache. Ich glaube, daß ich nur heimkommen werde, um mich hinzulegen zum Sterben.“

Pavel widersprach ihr nicht. Er fühlte wohl, auf einen Widerspruch war es hier nicht abgesehen, wie so oft bei alten Leuten, wenn sie Anspielungen machen auf ihren nahenden Tod; es war ernst gemeint, und also wurde es aufgenommen.

Spät nachmittags langte er im Dorfe an. Sein erster Gang war nach dem Schlaf, wo er den Auftrag der Frau Baronin bestellte. Die Dienerschaft lief zusammen, als es hieß, er sei da; alle lägen ihn voll Neugier an, und er machte sich rasch davon, besorgend, daß Fragen über Milada an ihn gestellt werden könnten. Auf der Straße begegnete er derselben Aufmerksamkeit, die er im Schlosse erregt hatte. Einer oder der andere blieb stehen in der Absicht, ihn anzureden, aber Pavel eilte mit kurzem Gruß vorbei.

Vor dem Hause Winstas, auf einer Bank, lag Virgil, der sich seit dem Ableben Peters bei seiner Tochter einquartiert hatte. Er winkte Pavel heran. „Bist endlich da?“ rief er ihm zu. „Dein Hund war verhungert, wenn ich mich seiner nicht angenommen hätte.“

„Hah mich ahnehin darauf verlassen.“ erwiderte Pavel und schritt weiter. Virgil jedoch schrie aus allen Kräften:

„Lauf nicht, kleid! Die Winstas hat dir was zu sagen.“ und da trat sie auch schon aus der Tür, ging auf Pavel zu und sprach in der demütigen Weise, in der sie sich ihm gegenüber jetzt immer verhielt:

„Wir haben von deinem Unglück gehört . . . es tut mir leid.“

„Lach, lach das!“ fiel er ihr ins Wort.

„Sag ihm doch das ander.“, ermahnte Virgil voll Ungeduld.

Winstas verfluchte sich. „Sieher Pavel.“ begann sie, „Lieber Pavel, deine Mutter ist angekommen.“

Er zuckte zusammen: „Wo ist sie? . . . Ist sie in meinem Hause?“

„Nein, sie hat in dein Haus nicht treten wollen, hervor du da bist.“ Sie hat auch nicht zu mir kommen wollen,“ sagte sie hinzu.

„Hast du sie eingeladen?“

„Ja, ich hab sie eingeladen, zu mir zu kommen und bei mir auf dich zu warten. Sie hat nicht gewollt: sie wohnt beim Wirt, aber nun dir erzählt habe ich ihr den ganzen Tag, und sie hat sich gar nicht satt hören können. Dann ist sie hinaufgegangen zu deinem Haus. Sie wird jetzt dort sein.“

Pavel war zumut, als ob ein großes Stück Eis auf seine Brust gefallen wäre. „Gut,“ murmelte er, „gut, so geh ich,“ aber er rührte sich nicht. Sein unsterblicher Blick begegnete dem Winstas, der angstvoll gespannt auf seinem finsternen Gesichte ruhte, und plötzlich sprach er: „Ich dank dir, daß du sie eingeladen hast.“

„Nichts zu danken,“ versetzte Winstas.

Die Herzen beider pochten hörbar, deutlich las jeder in der Seele des andern. Sie fand in der seinen nicht mehr die alte Liebe, aber auch nicht mehr den alten Groll; die ihre war in allen Tiefen erfüllt von Schmerz, von ruhloser Reue, hervorgegangen aus dem Bewußtsein: Was ich an dir getrieben habe, verzag ich nie wieder auf zu machen.

Ohne nach ein Wort zu wechseln, schieden sie.

Pavel ging langsam die Dorfstraße hinauf — die Sonne verlor hinter den waldbehangenen Hügel, klar und schwarz ragten die Gipfel des Nadelholzes in die purpurfarbige Luft. Auf das Grubenhaus hatten klare Schatten sich gebreitet, sie glitten über kein ärmliches Dach, trübten den Glanz seiner kleinen Fensterhöfen und umflossen eine hohe Gestalt, die vor dem Gärtchen stand, vertieft in den Anblick des untergehenden Tagesgestirns.

Die Mutter, sagte sich Pavel — die Mutter.

Da war sie ungebeugt von der Last der letzten zehn Jahre, ungebrochen durch die Schmach ihrer langen Kerkerhaft. Pavel fehlte keinen Reg fort — nicht mehr allein! das unterdrückte Geräusch von flüsternden Stimmen, von Schritten, die ihm nachschlichen, schlug unstill widerwärtig an sein Ohr. Eine Schaar von Neugierigen gab ihm das Geleite und wollte Zeuge sein der ersten Begegnung zwischen Mutter und Sohn. Er sah sich nicht um, er ging vorwärts, äußerlich ruhig, keinem Verhängnis entgegen.

Die Mutter hatte sich gewendet, erblickte ihn, und Wonne, Stolz, erfüllte Sehnsucht leuchteten in ihren Augen auf; aber sie blieb stehen, wo sie stand, mit herabhängenden Armen, sie sprach ihn nicht an.

„Grüß Euch Gott, Mutter,“ sagte er rasch und gepreßt, „warum kleidest ihr vor der Tür, tretet ein.“

„Ich weiß nicht, ob ich soll,“ antwortete sie, ohne ihn aus den Augen zu lassen, aus denen eine Liebe sprach, ein glückseliges Entzünden, die wie Licht und Wärme auf ihn einströmten. „Ich habe nicht gedacht, dich so zu finden. Sohn — ihre Stimme hefte vor tiefinnerlichem Jubel — nicht so wie ich dich finde. Ich möchte dir nicht Schande bringen, Pavel.“

Nun sagte er ihre Hand: „Kommt, kommt, und noch einmal: Grüß Euch Gott.“ Er führte sie ins Haus und sah, daß sie unmerklich das Zeichen des Kreuzes machte, als sie es betrat.

„Seht Euch, Mutter,“ sagte er; „ich hab Euch viel zu sagen, viel Trauriges.“

Sie war seiner Aufforderung gefolgt, sah sich bewegt und staunend in der Stube um und sprach: „Was du mir sagen willst, weiß ich im voraus: daß ich hier nicht bleiben kann. Es ist mir nicht tauglich — eine Freude nur, daß ich dich so gefunden habe, wie du bist, wie ich dich sehe.“ Wie wäre es mir in den Sinn gekommen, Sohn, daß ich dir beschwerlich fallen will, und wie du geschrieben hast: Ich bau ein Haus für Euch, da habe ich gedacht: Bauen! und Gott legne jeden Ziegel in deinen Mauern. Bauen! bauen! aber für dich — nicht für mich.“

„Warum habt Ihr so gedacht?“

„Weil du mich hier nicht brauchen kannst.“ antwortete sie ruhig ohne den Schatten eines Vorwurfs. Er aber murmelte:

„Was meint Ihr?“

„Wenn dich in den vielen Jahren dein Herz an die Mutter gemahnt hätte,“ fuhr sie in ihrer Gelassenheit fort, „hättest du dich manchmal nach ihr umgesehen. Du hast es nie getan, und darum bin ich auch nur gekommen, weil ich es nicht mehr ausgehalten habe, dich nicht zu sehen, und ich gehe wieder, heute noch.“

„Wo hin? Ihr könnt doch nicht ins Gefängnis zurück?“

„Das nicht; aber in unser Spital, wo ich Krankenwärterin bin.“

„So, Mutter, so? Seit wann?“

„Seit ein paar Monaten schon.“

„Das muß was Schweres sein, Krankenwärterin bei den schlechten Leuten.“

„Schwer und leicht; die Ärgsten werden oft die besten, wenn sie einen brauchen . . . und schwer oder leicht, was liegt daran? Ich hab dort einmal mein Heim; ich bin zufrieden. O lieber Gott, mehr als zufrieden — und wieder umfakten ihre strahlenden Blide den Sohn mit unergründlicher Liebe. „Mehr als zufrieden, weil ich dich jetzt gesehen habe, so stark, so bran, so gesund . . . Und mein zweites Kind, das sie dem lieben Herrgott geschenkt haben, das ich nicht sehen darf. — Milada . . .“ Pavel stöhnte — „ist sie schon eine kleine Kosterfran?“

„Nein, Mutter.“

„Nein?“ Sie erbehte bei dem gramvollen Ton seiner Worte.

„Nein,“ murmelte sie mit trockenen Lippen und stockendem Atem, „noch nicht würdig befunden worden dieser höchsten Gnade?“

„O Mutter,“ rief Pavel, wie redet Ihr? — nicht würdig? Sie war eine Heilige . . . Das ist das Traurige, das ich Euch gleich habe sagen wollen — Milada ist tot.“

„Tot . . .“ Zweifelnd, dumpf und gedehnt sprach sie es ihm nach und schrie plötzlich: „Nein, nein!“

„Seit drei Tagen, Mutter.“

„Sie sank zurück, erdrückt von der Wucht eines Schmerzes, der mächtiger war als sie.“ — Unmäßig erst kam wieder Leben in ihre Züge, und ihre Statur: wih dem Ausdruck wehmütiger

Mieterfragen.

Das Reichsmietengesetz.

Der Mieterverband Groß-Hamburg e. V. hatte sich wegen des Erlasses neuer Richtlinien von Seiten des Mietvereinsamtes beschwerdeführend an den Reichsarbeitsminister gewandt. Dieser erteilte jetzt die Antwort, daß mit Sicherheit damit zu rechnen ist, daß das Reichsmietengesetz im Plenum des Reichstages unmittelbar nach dem Zusammentreten des Reichstages, etwa Ende Januar, zur Verabschiedung gelangt. Das Gesetz soll am 1. April 1922 in Kraft treten.

Da jedoch der § 1 des Entwurfes des Reichsmietengesetzes im Falle der Verungung auf die gesetzliche Miete erst von dem ersten Termin an, für den die Kündigung nach § 565 des BGB. zulässig sein würde, an die Stelle des vereinbarten Mietzinses tritt, würde für die zwischen dem 1. April und diesem Zeitpunkt liegende Zeit — also längstens für ein Vierteljahr — die gesetzliche Miete noch nicht gelten. Da jedoch die meisten Mietverhältnisse auf Grund der zu erreichenden Steigerung nach den Richtlinien des Mietvereinsamtes zum 1. April 1922 gekündigt sind, empfiehlt der Reichsarbeitsminister, sich jetzt schon freiwillig zu verpflichten vom 1. April 1922 an die nach dem Reichsmietengesetz sich ergebende gesetzliche Miete zu zahlen.

Hauserhaltungskosten zu Lasten der Mieter?

Beim Bezirksmieteinsparungsamt für die Kammeru Treppenzow, Ober-Schöne Weide, Niederschöne Weide und Johannisthal haben eine Anzahl Hauswirte als Vorposten ihrer Organisationen den Antrag gestellt, ihnen den Erlag der im Jahre 1921 aufgelaufenen Hauserhaltungskosten zu bewilligen und diese Kosten auf die Gesamtheit ihrer Mieter zu verteilen. So hat beispielsweise ein Treppenzow Hauswirt, der sein Haus mit ganz geringer Anzahlung zu Spekulationszwecken erst vor zwei Jahren erworben, den Erlag von 8400 Mark durch 24 Mieter, ein anderer den Erlag von 16 000 Mark durch 46 Mieter beantragt. Es handelt sich dabei nicht etwa um Kosten für ganz notwendige Reparaturen am Hause oder innerhalb der Wohnungen, sondern um die allgemeinen Abgaben für Licht, Wasser, Müllabfuhr und dergleichen, die nach der Berechnung dieser Hauswirte einen Teilbetrag gegenüber den Mieteinnahmen hervorgerufen haben. Das Mieteinsparungsamt Treppenzow hat bereits die Anträge den Oblieten der Mietervereine zugewiesen mit dem Ersuchen, die Berechnung der Hauswirte nachzuprüfen und sich über die Art der Verteilung der Kosten auf die einzelnen Mieter zu äußern. Es scheint demnach wirklich die Absicht zu haben, den Hauswirten einen hohen Extrazuschlag zu bewilligen, was einer Belastung mit durchschnittlich 300 bis 360 Mark pro Mieter entsprechen und sich nach solchem Präzedenzfall natürlich auch für die Zukunft entsetzlichen Hausausgaben wiederholen würde. Mit Recht fragen die Mieter, was dann nach der fortlaufend neu festgelegte höhere Mietzuschlag zu bedeuten habe, der doch ein unangemessener Ausgleich für die steigenden Hausausgaben sein soll. In den jetzigen Anträgen muß also der Versuch erblickt werden, durch Mieteinsparungsämter ohne Berufungsrecht für die Mieter das zu erhalten, was die Hauswirte durch die höheren Verwaltungskosten an prozentualen Mietzuschlägen nicht erreichen konnten. Die Bewilligung der Forderungen würde auch dem Grundgesetz widersprechen, nichts mit rückwirkender Kraft zu bewilligen. Für derartige weitgehende Anträge, durch die der Sinn der jeweiligen prozentualen Mietzuschläge illusorisch gemacht wird, dürften die Mieteinsparungsämter überhaupt nicht zuständig sein.

Der weitere Ausbau der Königin-Strassenbahn abgelehnt. Der königliche Senatsminister verlas in der letzten Sitzung der Bürgerkammer ein Senatsgesetz, in dem auf das Ersuchen der Bürgerkammer, die Linie 14 bis zum Stratenfeldredder baldigst auszubauen u. a. ausgeführt wird: Für den Ausbau der Strassenbahn bis zum Stratenfeldredder würden bei den gegenwärtigen Löhnen und Materialpreisen folgende Kosten aufzuwenden sein: 1. für 1675 Meter Signalgleise auf Holzschwellen, einschließlich der dazu gehörigen Oberleitungsanlage, je 850 Mk. = 1 423 750 Mark, 2. für drei Weichen je 40 000 Mk. = 120 000 Mark, 3. für Beschaffung der Stromzuführung 20 000 Mk., 4. für Unvorhergesehenes und zur Brückung 70 250 Mk., demnach insgesamt 1 634 000 Mark. Sofern auf der Strecke ein zweifelhäufiger Betrieb durchgeführt werden würde, daß jeder dritte Wagen der Strassenbahnlinie 14 (Königin) bis zum Stratenfeldredder durchfährt, würden nach den jetzigen Unkostenätzen und unter Berücksichtigung eines härteren Sonntagsverkehrs im

Regeilung: „Ich glaube dir, Sohn, ich glaube dir. Sie war eine Heilige, und jetzt ist sie im Himmel, und dort werde ich sie finden, wenn es dem Herrn gefallen wird, mich abzuholen.“
 „Mutter“ entgegnete Pabel zögernd, „hofft Ihr denn, daß Ihr in den Himmel kommen werdet?“
 „Oh, ich es hoffe? — Ich weiß es! — Gott ist gerecht.“
 „Barmherzig sag mir... Sagt Ihr nicht barmherzig?“ Seine Mutter lächelte ihm auf: „Ich sage gerecht, sprach sie mit einer erhabenen Fassung, vor der alle seine Zweifel verlor, die seinen Glauben an dieses arme, verarmte Weib in ihm entzündete, so fest, hart und befehlend, wie nur je ein Glaube an das Heilige und Herrliche. Er trat näher, sein Mund öffnete sich, sie erwiderte ihm die Hände: „Sag nicht mehr, ich kann dir nicht antworten... Die Frau hat am Alter geschwunden, ihrem Wahn unterworfen zu sein und treu... Dafür wird er unterm Herrgott die ewige Reue über sie ablegen müssen. Wäre ihm der ewige Richter gnädig sein. — So bete ich, und so sollst auch du beten und hoffen und nicht tragen.“
 „Nein“, beharrte er, „nein — und ich frage ja nicht. Ich bitte Euch nur, daß Ihr es von selbst ausbrecht, daß Ihr keinen Teil habt an der Reue des Vaters... Erbarmt Euch auch meiner und laßt es aus...“
 Ein häßliches Lächeln umspielte ihre Lippen: „Pabel, Pabel, das ist mir sehr lieb... Es hat mir ja oft einen Stich ins Herz gegeben: Wer weiß, was die Kinder denken? — Ich hab mich immer davon losgemacht, wie von einer Eingebung des Bösen... Des war mein Irrtum... Sie hat das Haupt, ein erhabenes und edles, doch malte sich in ihren Zügen. Ich hätte die nicht über die Schwelle treten lassen, bevor ich zu dir gesagt hätte: Ich bin unglücklich verurteilt worden, mein Sohn.“
 Da sprach er aus: „Barmherziger Gott, wie köstlich war ich gegen Euch!“
 „Wäre dich nicht an“, verzieht sie mit unerwarteter Härte. „Du wärst ja jung, als ich dich verlassen mußte. Du hast mich nicht erkannt.“
 „Mutter“, konnte er nur sagen, „Mutter“... und er hätte dort ihr nicht, hätte ihn Haupt in ihrem Schoß, umklammert sie und würde, daß er jetzt keinen besten Reichtum, kein Kostbares und wertvolles in seinen Armen hielt. „Reicht bei mir, liebe Mutter“, rief er. „Ich werde meine Hände unter Eures Hände legen, ich werde Euch alles vergelten, was Ihr gelitten habt. Bleibt bei mir.“
 Und sie, verfluchten Augenblicks, einen Himmel in der Brust, sprach sie über ihn, drückte die schmale Wangen in seine Haare, küßte seinen Hals, küßte Schläfen, keine Stirn. „Ich weiß nicht, es ist mir...“
 „Der Leute wegen.“
 „Der Leute wegen.“
 Da lag er an ihr empot: „Was habt Ihr eben gesagt? — Die Frauen werden oft die besten, wenn sie einen brauchen. Nun, liebe Mutter, das müßt doch kurios zugehen, wenn man zwei Menschen, die sich nicht manchmal brauchen sollte, für bleibt bei mir, liebe Mutter.“

Sommer an Betriebsausgaben jährlich entstehen 75 000 Mk., für die Vergütung, die Tilgung und die Rücklage in den Erneuerungsfonds würden jährlich aufzuwenden sein 148 500 Mk., so daß sich die gesamten Unkosten auf jährlich 223 500 Mk. belaufen würden. Da eine Deckung der Unkosten nicht annähernd gewährleistet ist, so vermag der Senat dem Ersuchen der Bürgerkammer nicht Folge zu geben.

Bürgerliche Mitglieder bei Behörden. Der Senat hat den Gartenbauinspektor Rudolf Bollert zum bürgerlichen Mitgliede bei der Baubehörde an Stelle des ausgeschiedenen Privatmannes Wilhelm Camie erwählt.

Nonjularisches. Dem zum Generalkonsul der Republik Bolivien mit dem Amtssitz in Hamburg ernannten Gustavo Rios Bridour ist namens des Reiches das Exequatur erteilt worden.

Von der Schiffsahrt. Schiffsankäufe für die Fahrt auf Hamburg. Die Hamburg-Amerika-Linie kauft in Gemeinschaft mit der American Ship & Commerce Corporation, New York, deren Präsident W. A. Harriman zurzeit in Dulsland weilt, von dem königlich holländischen Lloyd in Amsterdam dessen Passagierdampfer „Hollandia“, „Yriska“, „Limburgia“ und „Brabantia“, die „Hollandia“ und „Yriska“ übernimmt die Hamburg-Amerika-Linie zur Einstellung in ihren Betrieb unter deutscher Flagge. Die „Limburgia“ und „Brabantia“ gehen in den Besitz der American Ship & Commerce Corporation über, die sie unter amerikanischer Flagge in der von den United American Lines, New York, gemeinsam mit der Hamburg-Amerika Linie betriebenen Fahrt zwischen New York und Hamburg zu verwenden beabsichtigt. Diese beiden je 20 000 Br.-Reg.-T. großen erstklassigen Passagierdampfer werden demnach zusammen mit dem je bei 16000 u. 16000 t. in Bau befindlichen gleichwertigen Passagierdampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Deutschland“ und „Albert Ballin“ den Passagierdienst zwischen Hamburg und New York besorgen. — Mutmaßlicher Untergrund des deutschen Dampfers „Signal“. Der Dampfer „Signal“ ist am 16. Dezember von Savaaga (Norwegen) mit einer Ladung Erz nach Königsberg abgegangen, hat aber den Bestimmungsort bisher nicht erreicht. Man nimmt an, daß der Dampfer mit einer 25 Mann starken Besatzung in dem schweren Sturm am 17. Dezember gesunken ist.

Verbindlichkeitsklärung des 2. Nachtrages zum Lübecker Kleinhandelsvertrag vom 2. Mai 1921. Auf Grund der Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums vom 29. Dezember 1921 ist der zweite Nachtrag zum Tarif vom 28. Oktober 1921 mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 für allgemein verbindlich erklärt. Diejenigen Anstellten im Kleinhandel, welche die in diesem Nachtrag vereinbarten Gehälter bis jetzt nicht erhalten, haben nunmehr ein höheres Recht auf diese Gehälter. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Johannisstraße 48, I, von 9—1 und 4—7 Uhr täglich.

Neuerstellung der Feuerungszuschüsse auf Bankkonto. Kriegszuschüsse, die ein Bankkonto und Anspruch auf die durch die Hauptfürsorgestelle zu leistenden Feuerungszuschüsse haben, wollen der amtlichen Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebenen, Alsterstraße 104, ihr Bankkonto aufgeben. Die Feuerungszuschüsse werden dann dem Konto des Betroffenen am Ende eines jeden Monats überwiesen.

Größe und Gewicht der Postkarten. Postkarten im Inlandsverkehr dürfen die Größe von 15,7 : 10,7 Zentimeter nicht überschreiten und nicht mehr als 8 Gramm wiegen. Größere oder schwerere Postkarten unterliegen der Briefgebühr und werden mit einer Nachgebühr in Höhe des an der Freigebühr für einen einfachen Brief fehlenden Betrags belegt. Diese Nachgebühr beträgt im Fernverkehr 1,50 Mk. Postkarten im Auslandsverkehr dürfen nur 14 : 9 Zentimeter groß sein.

Das Januarprogramm in der Fledermaus wurde von der Direktion Erik Rostrom wieder sorgfältig zusammengestellt. Es wird eingeleitet von dem schwebeligen Gesang- und Tanzduett Betty und Tragehora Malinström, zwei netten Damen, die sich recht ausgelassen geben können. Eine Tänzerin von vornehmen Manieren ist Elise Reith. Deren Darbietungen bereiten schonsten Kunstgenuss. In ihrem „Ballet“ von Delibes. „Der eifer Schächerin“ von Thomas und der „Humoreske“ von Wagner seien diese eleganten Spitzentänzerin auch ihre Meisterschaft in der Beherrschung der Technik. Als Hand- und Kopftanzdarbietungen treten die 4 Helmon auf. Kraft und Humor wird von dieser Künstlergruppe aufs beste vermerkt. Jongleure eigener Art sind die Zwei Ernest (Herr und Dame), die besonders mit ihrem Strahlstrahlentwurf ungeheuren Beifall erzielen. Von diesem eleganten Künstlerpaar kann man lernen, wie hoch in die Höhe gemachte Kunstleistungen nach einem besonderen Geich der Schminke zu gestalten. Die Betty-Frank-Truppe genießt Weltruhm. Ihr Leiter ist anerkannter Lehrling aller Akrobaten von Ruf. Kräftigster Körperbau, Gewandtheit und Kühnheit zeugt sich zu einem harmonischen Ganzen. Die fernwunderbaren Darbietungen dieser Truppe sprechen für sich selbst. Zwei junge Herren sind je lebendigen Spielbälle auf den Händen und in den Armen der Erwachsenen. Ihr Können und ihre Cantoeer ist bewundernswert. Auch der Humorist fehlt nicht. Carl Stephan heißt der Mann, eine Perle seines Raumes. Ein Schelm voll köstlichen Spitzes, voll unverwundlicher Reime. Seine Scherzreden wirken besser als die zuderküßteste Medizin. Den Ton des Ganzen gibt Kapellmeister Simon de Weille wie stets mit schöner Treffsicherheit an.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Harztheater. Heute Freitag: „Ein Walzertraum“. Sonnabend gelangt zum ersten Male „Die lustige Witwe“ von Franz Lehár zur Aufführung. Die Tänze sind in Gemeinschaft mit der Balletmeisterin Frau Biebig-Schmidt arrangiert.

Angrenzende Gebiete.

Ente. Die Erträge unserer Staatsforsten. Nach den dem oberbairischen Landtage vorgelegten Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten im Jahre 1919/20 sind unsere Forsten insgesamt 4029 Hektar groß; davon Schwartau-Ahrensstätt 229 Hektar und Enten 1800 Hektar. Es sind geschlagen rund 50 500 Festmeter, davon in Schwartau-Ahrensstätt rund 26 200 und in Enten rund 24 300 Festmeter; am Einnahmestück hat dieses geschlagene Holz nach Abzug der Gewinnaufwendungen die rund 474 000 Mark betragende, etwa 2 940 000 Mk. erbracht. Nach Abzug sonstiger Ausgaben als Gehalte, Bespannen usw. verbleibt ein Reinertrag von rund 2 370 000 Mk. — Ein Holzverkauf der Oberbayerischen Enten findet am Dienstag, dem 10. Januar, nachmittags 2½ Uhr im Kaffeehaus Enten zu Malente statt. — Sprechstunden des Finanzamtes. Das Finanzamt Enten hält in Zukunft folgende Sprechstunden ab: In Ahrensstätt am ersten Mittwoch jeder Monats in Weidemanns Hotel, in Limmen dererferstrand am zweiten Mittwoch jeden Monats in Laos Hotel, in Bad Schwartau am letzten Sonnabend jeden Monats im Amtsgerichtsgebäude.

Schwanz. Die Geretteten des Dampfers „Fehmann“. Nach Mitteilung des Kapitäns des Dampfers „Fehmann“ an die Kehlerische Behörde Köhler, Reister, Willmann, Meier, Kollath, Grotzer, Morok, Magowitz, Trafiel, Hoff, Heier, Haasinger, Hoff. Ein einzelner Fischdampfer, der sich mit Ertrag an der Kühlung der Mannschaft beteiligte hatte, lan-

dete 10 Mann der Besatzung in Grimshy. Der Kapitän des „Fehmann“ nimmt an, daß auch von anderen Dampfern noch mehrere Leute gerettet worden sind.

Hamburg. Der Bürgerkauf ist ein Antrag der Senatskommission für die Justizverwaltung zugegangen, die Annuität des früheren kommunikativen Abordnaten Reich (jetzt wird) wegen Verachens gegen die §§ 73, 76 und 110 des Strafbuchbuches aufzuheben. — Das Reich hat Hamburg und Bremen als den durch den Krieg meistgeschädigten Ländern 330 b. m. 100 Mill. Mark Beihilfe gewährt und zwar zur Hälfte à fonds perdu und zur Hälfte als zinsloses Darlehen.

Hamburg. Sturmfluten. Wir haben einen besonders fürmerischen Winter. Eine Sturmperiode reiht sich an die andere. 2. Sturmfluten sind bisher zu verzeichnen. Von der ersten Sturmflut in diesem Jahre abgesehen, die in dem hauptsächlich Sturm- und wenig Klutshaden brachte, haben die Sturmfluten aber noch keine nennenswerten Verheerungen im Gebiet der Elbe und Weser mündung anrichten können, möhincarn der Schaden auf S. hlt bedeutend erscheint. Frühere Sturmfluten haben aber viel verheerender gewirkt und in einigen Fällen der Küste eine ganz andere Form gegeben. So waren am 15. November 1921 gerade 500 Jahre verstrichen, seit die große Flut in Katastrophe über Nordseeküste hereinbrach, die umfangreiche geografische Veränderungen im Gebiet der Rheinmündung schuf. Man nannte diese Katastrophe die St.-Elisabeths-Flut. In breiter Front brach an jenem verhängnisvollen 15. November das Meer durch und überflutete das ganze Gebiet zwischen Nordrecht und Werdenham im Norden und Moorbiß und Geertrundenberg im Süden. Mehr als 70 Städte und Vfarndörfer sowie kleinere Flecken wurden durch die Flut verschlungen und darüber hinaus im Umkreis der Zuidersee und an der englischen Ostküste schwere Verheerungen angerichtet. Allein im Gebiet der Rheinmündung sollen annähernd 11 000 Menschen bei der Katastrophe ums Leben gekommen sein. In der Geschichte der Sturmfluten bildet damit die St.-Elisabeths-Flut, eines der furchtbarsten Naturereignisse.

Schwerin. Endgültige Festlegung der Kartoffelpreise in Mecklenburg. Der bei der Landespreisprüfungsstelle auf Anregung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft gebildete Ausschuss zur Ermittlung angemessener Kartoffelpreise hat in einer neuen Sitzung sich abermals mit den Kartoffelpreisen beschäftigt. Der Ausschuss setzte nunmehr als angemessene Preise waggonfrei Verladestation bezw. im Fuhrverkehr frei Haus für rote und weiße Kartoffeln 80 Mk., für ausgesprochene gelbschultrige 85 Mk. pro Zentner handelsüblicher Ware fest. — Die Heraushebung der Preise erfolgte, weil Bommern, Brandenburg und die Provinz Hannover höhere Preise als Mecklenburg hatten.

Parchim. Schwere Zusammenstoß mit Reichswehr. Nach Meldung bürgerlicher Blätter entfiel hier eine wüste Schlägerei in der Eisenbahnstation zwischen Zivil und Militär. Die ersteren schlugen in der Zentralfestung mit Tisch- und Stuhlbeinen und warfen mit Bleigläsern; die letzteren hatten die blanke Waffe gezogen. Viel Mobiliar ging in Trümmer, sehr viele schwere und leichte Verletzungen sind vorgekommen. In den Straßen wurde geschossen. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Westerland auf Sylt. Die Flut setzt ihr zerstörerisches Werk fort. Es sind weitere Teile der Befestigung abgestürzt, es sieht nur noch ein kleiner Rest. Von der nördlichen Befestigung sind die Teile frei in der Luft. Von der Strandmauer sind nochmals zehn Meter umgeworfen und von der Trübschen Strandhalle wurden an der Böschung nachts sieben Meter fortgeschwemmt. Der weitere Abbruch wird durch Verschuppungen zu verhindern gesucht. Die Villa Miramare ist bisher nicht gefährdet, doch sind südlich davon die Dünen schwer in Mitleidenchaft gezogen worden.

Gewerkschaften.

Vor einem neuen Eisenbahnerstreik im besetzten Gebiet?

Kaum ist der Eisenbahnerstreik, der eine Woche hindurch die Öffentlichkeit in Erregung versetzte, vorüber, und schon sind die Ungeheuer zu einem neuen Streik im besetzten Gebiet zu erkennen. Einzelne Geheimräte des Reichsverkehrsministeriums scheinen einfach unbeherrschbar zu sein. Aber wozu viele Worte, lassen mir das Tatsachenmaterial sprechen:

Die zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsverkehrsministerium zustande gekommenen Vereinbarungen bestimmen für das besetzte Gebiet folgendes:

„Im besetzten Gebiet werden vorläufig mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an denjenigen Orten, die sowohl nach dem bisherigen Ortsklassenverzeichnis des Reichslohn-Tarifvertrages als auch nach dem nunmehr übernommenen Beamten-Ortsklassenverzeichnis zu Ortsklasse A gehören, Ueberteuernungszuschüsse in Höhe von 1 Mk. in der Stunde gewährt werden.“

Die Forderung ist vollständig klar. Nach übereinstimmender Auffassung aller an der Verhandlung beteiligten Gewerkschaftsführer ist darunter zu verstehen, daß die Orte, welche bisher nach dem Reichslohn-Tarifvertrage in Ortsklasse A eingestuft waren und auch hier, welche jetzt auf Grund des Ortsklassenverzeichnisses für die Beamten nach A kommen, den Ueberteuernungszuschlag erhalten müssen. Das Reichsverkehrsministerium stellt sich nun plötzlich im Gegensatz zu den Gewerkschaftsvertretern auf den Standpunkt nur 2 Orte, Köln und Wachen, können den Ueberteuernungszuschlag erhalten, weil sie nach dem alten, wie nach dem neuen Ortsklassenverzeichnis für die Ortsklasse A in Betracht kommen. Wäre aber das die Auffassung des Reichsverkehrsministeriums vor dem Zustandekommen der Vereinbarung gewesen, dann hätte der ganz klare Wortlaut wie folgt formuliert werden müssen:

„Im besetzten Gebiet erhalten nur die Orte, welche im bisherigen Ortsklassenverzeichnis in A standen, den Ueberteuernungszuschlag“. Da das Ministerium diese klare Fassung nicht wählte, hat es ganz offenbar erst nach Abschluß der Vereinbarung der entsprechenden Stelle die nun ihr gewünschte juristische Auslegung gegeben.

Die Frage kann offen bleiben, ob es ein Zufall ist, daß das Reichsverkehrsministerium in dem an die Eisenbahndirektion in Köln gerichtete „Diensttelegramm“ aus dem oben wiedergegebenen Wortlaut das Wort „denjenigen“ in die beiden Worte „den wachsen“ umwandelte. Nach dem Diensttelegramm wird der Ueberteuernungszuschlag also nicht an denjenigen, sondern an den wenigen Orten gezahlt, die das Reichsverkehrsministerium herbeiführen will.

Auf Grund der vorstehend mitgeteilter Auslegungstunf des Reichsverkehrsministeriums fand am 5. Januar eine erregte Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem Ministerialrat Dr. Koller statt. Die Gewerkschaftsvertreter und die aus dem besetzten Gebiet eingetragenen Eisenbahner machten auf die große Gefahr und die erregte Stimmung im besetzten Gebiet aufmerksam. Besonders die Kölner Eisenbahner erklärten, daß, nachdem die Stellung des Reichsverkehrsministeriums bekannt geworden war, die Streiks sofort wieder aufzukommen drohten und sie befürchteten, den sofortigen Ausbruch des Streiks, falls das Reichsverkehrsministerium seine Auffassung nicht ändere. Ministerialrat Dr. Koller erklärte, diese Drohung mache auf ihn gar keinen Eindruck. Es bleibe bei der Auslegung, die er im Namen des Reichsverkehrsministeriums gegeben habe.

Es erscheint uns nun aber an der Zeit, einmal die Frage aufzuwerfen, wozu die Katastrophepolitik des Reichsverkehrsministeriums führen soll. Es gehört nicht des Reichsverkehrs-

Kunst dazu, um zu begreifen, daß bei einem erneut ausbrechenden Streik die Rheinlandkommission die Eisenbahner zu Sonderverhandlungen einladen wird, und eventuell eine Vereinbarung zustande kommt, die weit über das hinausgeht, was das Reichsverkehrsministerium glaubt, annehmen zu können.

Hoffentlich sorgt die Reichsregierung bald dafür, daß im Reichsverkehrsministerium weniger Prestige als Vernunftpolitik maßgebend sind. Daß eine beamtete Person es wagt, einer Vereinbarung eine Auslegung zu geben, die von sämtlichen beteiligten Gewerkschaften einmütig abgelehnt wird, zumal sie vor der Verabschiedung anders präpariert wurde, dürfte nicht allzu häufig vorkommen.

Gewerkschaftliche Garantieverträge.

Dreifältheorie oder Bundesgenossenschaft.

Um die gewerkschaftliche Einheitsfront aller Arbeitnehmer — Kopf- und Handarbeiter — herbeizuführen, wird seitens des ADGB seit langem versucht, den Deutschen Beamtenbund zu veranlassen, mit ihm in ein festes Organisationsverhältnis zu treten wie es seit April zwischen IFA und ADGB besteht. Alle bisherigen Verhandlungen waren ergebnislos. Der ADGB stellt in Aussicht, daß, falls es zu keiner Koalition resp. zu keinem Anschluß kommt, er eigene Beamten-gewerkschaften gründen werde.

Vor diesen eventuell zu gründenden freigewerkschaftlichen Beamten-gewerkschaften haben die dem Beamtenbunde angehöri-gen Verbände Angst und sie können auf Beseitigung dieser Mög-lichkeit, die ihnen gefährlich werden könnte.

Einen interessanten Beleg hierfür erbringt das Organ der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, der „Vorwärts“, in der vorletzten Nummer. Das Blatt erklärt hierzu:

„Der ADGB hat wiederholt und ernst erklärt, daß er sich im Abrechnungsfall genötigt sehen wird, eine freigewerkschaftliche Beamtenorganisation ins Leben zu rufen. Unsere Aufgabe dazu sind — soarg in ziemlich beachtlichem Maßstabe — bereits vorhanden. Wir brauchen nur an die 61 000 Stimmen des dem ADGB angehörenden Deutschen Eisenbahner-Verbandes bei den Beamtenräte-wahlen zu denken. Angesichts einer derartigen Eventualität wäre es falsch, den Kopf, wie der berühmte Vogel Strauß, in den Lush zu stecken und die Dinge an sich herantommen zu lassen.“

Welche Folgen hätte nun diese eventuelle Neugründung? Der „Vorwärts“ erklärt, daß „der Beamte auf der Lokomotive“, der um seine „Wertung“ hart zu kämpfen hat, nicht viel Neigung hätte, abzuspinnen, schon aus dem Grunde, daß er Forderungen vertritt, die in einer „Großorganisation nicht besonders populär sind“. Da aber die Lokomotivführer von dem „eisernen Prinzip der bedingungslosen Neutralität“ nicht abgehen, so würde dieser Verband, um der Zerstückelung vorzubeugen, als neutrale Organi-sation bestehen bleiben. Als Ausweg empfiehlt nun das Blatt, gegenseitige gewerkschaftliche Garantieverträge abzuschließen „der jeden „Anschluß“ der einen Gewerkschaft an die andere ausschließt und den jede Organisation unterzeichnen kann, die den erforderlichen Weisheit besitzt, um die durch den Garantie-vertrag auch für sie erreichbaren Sicherungen gegenüber den ge-meinamen Gewerkschaftsgegnern durch ihre Unterschrift zu er-werben.“

Diesen „Weisheit“ hofft man beim ADGB zu finden, und der „Vorwärts“ meint, „es besteht nun kein vernünftiger Grund, wes-halb eine Bundesgenossenschaft, die von Fall zu Fall ja doch jedesmal neu herzustellen werden muß, nicht auch durch vertrag-liche Abmachungen ein für allemal festgelegt werden könnte.“

Aber leider steht diesen Erwägungen die „Bemunft im Leben der „Organisationen“ gegenüber, weshalb der Artikel-schreiber einen sehr pessimistischen Ton anschlägt. Deshalb sollte „der Deutsche Beamtenbund daher jetzt von sich aus mit einem, von einwandfreiem gewerkschafts-demokratischen Geist getragenen Ent-wurf eines Statuts für eine Schutzmehrheit deutscher Spitzen-organisationen an die Öffentlichkeit treten.“

Zum Schluß heißt es: „Die Einigung der Gewerkschaften gegenüber dem einzigen Arbeitgeber in Industrie-palast und Geheimratszimmern darf nicht länger an kleinlichen Bedenken scheitern.“

Sehr richtig. Nur scheint diese Methode, die da für die „be-dingungslose Neutralität einerseits und für die Garantierung des Besitzstandes andererseits auf der Grundlage eines sehr lässigen Kompromisses eintritt, nicht nur ein Loch zu haben, sondern auch auf unserer Seite wenig Anklang zu finden. Eine solche lose Bindung, wie die einer „Schutzmehrheit“, hätte auch einen nur sehr problematischen Wert. Es ist bedauerlich genug, daß in den Beamtenkreisen diese Dinge noch nicht genügend erkannt sind.

Bergarbeiter gegen Ueberwächter. In einem Artikel, der sich mit der Frage des Verfahrens von Ueberwächtern im Bergbau beschäftigt, weist die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ des Alten Bergarbeiterverbandes, darauf hin, daß der Kohlenmangel eigentlich eine Frage des Abtransportes sei. Allein auf den Ruhrzechenplätzen hätten am 17. Dezember über 959 000 Tonnen Brennstoff gelegen, und eine Reihe von Zechen hätte wegen Raum-mangels sogar Feuerlöcher einlegen müssen. Es wäre deshalb unnötig, jetzt zu Ueberwächtern überzugehen. Darauf werde auch von den Unternehmern kein Wert gelegt. Der Vor-schlag des Reichskommissars, die Bergarbeiterverbände sollten sich von den Ueberwächterverdienern 5 bis 50 Prozent auszahlen lassen und die Summe als „Bergbaukapital“ anlegen, wird gleich-falls abgelehnt.

Aus aller Welt.

Der Leipziger Messeturm. Der gigantische Plan eines Messeturms von 30 Stockwerken nähert sich seiner Verwirklichung. Die Unternehmer des Riesenbaues sind mit dem Angebot des Rates einverstanden und hoffen auch, die Geldmittel aufzubringen. Der Entwurf stammt von dem Leipziger Architekten Hajmowicz, der mit Baurat Tschammer zusammen die Pläne ausgearbeitet hat. Das Gebäude soll eine Höhe von 120 Metern und im Kern einen Umfang von 60 Metern haben. Es wird nicht aus 30 Stockwerken im landläufigen Sinne bestehen, sondern aus sechs aufeinander-gebauten Häusern mit je fünf wechselweise verchieden hoch lie-genden Stockwerken, im ganzen also 30 Stockwerken. Die Bau-kosten wurden im Herbst 1919 auf 30 Millionen Mark ermittelt, im Januar 1921 waren sie bereits auf 75 Millionen Mark ge-stiegen.

Der Hauptmann von Köpenick gestorben. Der sog. Hauptmann von Köpenick, der Schuhmacher Wilhelm Voigt, ist 71-jährig, in Luxemburg gestorben. Er lebte seit Jahren in der Hauptstadt des Großherzogtums und war mit einer Luxembur-gerin verheiratet. — Der Schuhmacher Voigt kam zu seinem Namen, Hauptmann von Köpenick, durch einen Gaunerstreich, den man der Operette kaum geglaubt hätte und den er doch in der Wirklichkeit vollführte. In eine nicht einmal vor-schriftsmäßige Hauptmannsuniform gekleidet, befahl er einem durch die Straßen von Köpenick ziehenden Abdiener-Wachposten ihm zum Kai-sarhaus zu folgen, wo er den Bürgermeister Langerhans festnehmen ließ und sich der Stadtkasse bemächtigte. Der Vorfall erregte damals in ganz Europa Aufsehen und wurde auch politisch durch Klösterung des preussischen Militarismus und Kadavergehör-sams ausgeschlachtet.

Cia Neubau im Sturm eingestürzt. Bei dem herrschenden heftigen Sturm wurde in Bielefeld ein 33 Meter langer und 8 Meter breiter Neubau, der bis zum Abbruch fertig war, buch-stäblich umgeweht. Selbst die starken Eisenbänder, die schon im Mauerwerk verankert waren, konnten das Unglück nicht ver-hindern.

Schlagwetter-Explosion. Aus Dortmund wird gemeldet: In der Mittagschicht am 2. Januar wurden auf der Schachtanlage Lothringen zwei Beamte und vier Arbeiter von einer Schlagwetterexplosion betroffen. Beide Beamte sowie zwei Ar-beiter wurden getötet, zwei Arbeiter schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß die Arbeiter bei den Arbeiten an der Seilseile die Dünenbemerterung abgestellt hatten.

Ein eigenes Schwein gestohlen. In Wattencheid war einer Familie aus dem Stalle ein Schwein gestohlen worden. Die pö-tilligen Ermittlungen brachten eine merkwürdige Aufklärung. Als Dieb wurde das Familienoberhaupt ermittelt, das das Vor-stentier befreit hatte, um sich Geld zu verschaffen.

Die Wiederherstellung des ehemaligen „Raterland“. Aus Neunort wird gemeldet: Die Neunort-Schiffbau-Gesellschaft hat der amerikanischen Regierung ein Angebot zwecks Wiederinstand-setzung des Riesen dampfers „Leniatkan“ — bekonntlich der frühere deutsche Dampfer „Raterland“ — gemacht. Die Gesellschaft er-bietet sich, für den Preis von 5 505 000 Dollar das Schiff seiner gesamten deutschen Ausrüstung zu entkleiden und es in einen Dampfer mit Delfierung umzuwandeln.

Ein neuer Weltrekord im Doreckliegen. Die amerikanischen Flugzeugführer Edward Stinson und Lloyd Bertane haben einen Weltrekord im Doreckliegen aufgestellt. Sie landeten nach einem ununterbrochenen Flug von 29 Stunden, 19 Minuten.

Selbster im „a-fokholreien“ Neunort. Der Neujahrstag ist in Neunort zum erstenmal gefeiert worden. Der Neujahrstag ist in Neunort zum erstenmal gefeiert worden. Der Neujahrstag ist in Neunort zum erstenmal gefeiert worden. Der Neujahrstag ist in Neunort zum erstenmal gefeiert worden.

Allerlei Wissenwertes.

Neues von der Sowjet-Kunst. Die bildende Kunst hat im holländischen Russland zweifellos eine große Förderung erfahren. Eigen doch im Präsidium des Regierungskollegiums für die bildenden Künste der führende russische Kunsthistoriker Grabar und Raubinst. Ueber die Ergebnisse dieser Arbeit berichtet Iwan Falubi in einem Aufsatz der von Dr. Max Epstein herausgege-benen Zeitschrift „Das blaue Heft“. Während das zaristische Russland nur 31 Provingmuseen besaß, gibt es jetzt 191 Museen in den Provinzen. „Das Inventar und die gesamten Kunstsätze dieser Museen“, schreibt Falubi, „rühren allerdings aus Privatbesitz her. Man kann aber diese Art der Sozialisierung nicht Raub nennen, denn die Sowjets retteten lediglich die meisten Kunstsätze vor der Wut des Böbels, indem sie sämtliche bei Privatmuseen befindlichen Gemälde und Skulpturen als Staats-eigentum in Sicherheit brachten. Die von den Sowjetkennern ge-leistete Kulturarbeit machte sich in erster Linie in der Neu-organisation der alten Sammlungen bemerkbar. Die Eremitage, die berühmte Galerie Katschinas II. im Winterpalais, war bis-her nur Kunstwerken zugewidmet, die aus dem 17., 18. und frühe-ren Jahrhundert stammten. Heute beherbergt das „Krit-palais“, wie das Winterpalais des Zaren genannt wird, alles, was in der Kunst für wertvoll gilt, gleichviel, welcher Tendenz und Epoche es entstammt. Kataloge und Illustrationen machen das Volk mit dieser ersten Kunstsammlung der Sowjet-Republik bekannt, und billige Reproduktionen von Gemälden werden unter dem Pseudonym vertrieben. Außer der Organisation von Museen und ständigen Ausstellungen machte besonders das Kulturwerk der Wanderausstellungen und der Volkstum große Fortschritte. So veranstaltete man in den Festhallen der Universität in Anjan eine grandiose Ausstellung aus der Kunst der Ostländer. Unter der Leitung Grabars bereiste eine Kommission das nördliche Rus-land, um dort Kunstwerke zu sammeln. Sibirien, dessen Kultur in den letzten Vorkriegsjahren sich sehr entwickelt hatte, macht heute dem europäischen Russland starke Konkurrenz. Im Zusam-menhang mit dem Museum für Kunst wurde in Omsk eine Kunst-gewerkschule eröffnet. Tomsk, Irkutsk und andere kulturelle Mittelpunkte des asiatischen Russlands besitzen ebenfalls Hoch-schulen für Kunst und Malerei. Die proletarische Kunstbewe-gung, die die Arbeiter zu Künstlern machen will, hat allerdings noch keine großen Erfolge erzielt, denn die wirtschaftlichen Beding-ungen, die dazu nötig sind, liegen sich nicht verwirklichen. Hun-ger, Elend und Verkehrsnot wirken auf das Geistesleben hem-mend ein. Unter den neuen Kunstströmungen, die wie Pilze aus der Erde sprossen, sind hauptsächlich der „künstlerische Nihilismus“ von Malewitsch zu nennen, der die Vereinerung sämtlicher Far-ben und Ausdrucksmittel predigt, und Gemälde „Weiß auf Weiß“ schafft, und der „Taktismus“, dessen Schöpfer Tatlin mit dem Entwurf des Denkmals der Dritten Internationale beauftragt wurde. Das Denkmal soll ausschließlich aus Glas und Eisen be- stehen, und eine Verbindung des Eiffelturms mit den Motiven amerikanischer Wolkenkratzer und asiatischer Baukunst darstellen. Die allerneueste Schule der „tektonischen Primitiven“ arbeitet mit den Mitteln der asiatischen Volkskünste und des Kubismus.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Ernani“, lyrisches Drama in 4 Akten von G. Verdi. Der große Italiener ist auf unserer Bühne ein gern und oft gesehener Gast, um das reiche Füllhorn seiner Gaben auf uns auszuschüt-ten. Von seinem „Ernani“, den der damals 31-jährige 1844 her-ausbrachte, wissen sich allerdings selbst die ältesten und dauerhaftesten Besucher unseres Kunsttempels in der Bedegrube nicht zu erinnern, daß dieses lyrische Drama jemals schon auf unserer Bühne aufgeführt worden wäre, obwohl Verdi damit zum ersten Male seine Visitenkarte in Deutschland abgab. Das kommt nicht von ungefähr. Es handelt sich um eine der Opern des italieni-schen Meisters, denen ein nachhaltiger Erfolg verlagst geblieben ist. Es fehlt ihr das kräftige musikalische Parfum, die blühende Melodie und auch die Meisterhaftigkeit der Charakterisierungskunst. Die je nachdem die sonst gangbaren Opern Verdi auszeichnen. Der Meister hatte sich noch nicht selbst gefunden, als er den „Ernani“ schuf. Erst mit dem tiefschmerzlichen „Rigoletto“ begann sein glanz-voller Aufstieg, um dann schließlich im „Otello“ und im „Fal-lstaff“ den Gipfel zu erreichen. Dennoch würde man Verdi bitter Unrecht tun, wenn man seinen „Ernani“ musikalisch für nichts er-achten wolle. Gar mancher Komponist würde sich unendlich glück-lich schätzen, wenn ihm jemals etwas Ähnliches gelänge. Denn ebenjenseits wie seinen anderen Schöpfungen kann man auch die-sem Verdienste Werke eine melodische Tonfülle abspüren. Es fehlt nur noch die persönliche Ausdrucksfähigkeit. Sie besonders bringt es mit sich, daß dieses lyrische Drama warm macht, noch ganz fast läßt. Im ersten Akte zumort übrigens bereits ziemlich auffällig der Geist des „L'oubadour“, obwohl diese allbekannte Oper erst neun Jahre später erschien. Den Text zu „Ernani“ hat Verdis Jugendfreund P. a. o. e. der ihm auch die ungemein wirk-ungsvollen Texte zu „Rigoletto“, „Traviata“ und „Maskenball“ schrieb, nach Viktor Hugo gleichnamigen Drama verfaßt. Di-Handlung, deren Schauplatz teils Spanien, teils Deutschland (Stadtgewölbe Karls des Großen) ist, spielt sich auf einem reichlich romantischen Hintergrunde ab. Der spanische Grande Don Juan von Aragón ist unter dem Namen Ernani unter die Banditen gegangen, weil der König Philipp ihm den Vater hat hinrichten lassen. Es waren damals unruhige Zeiten in Spanien. Die Großen des Landes standen in Aufruhr gegen den fremden Eindringling, den man ignoz als König auf die Nase gesetzt hatte. Einige Rache hat Ernani Philipps Sohn Karl (er ist als Karl V. später in die deutsche Geschichte eingegangen) geschworen, der inzwischen die Herrschaft angetreten hat. Ernani

liebt Elvira, die Nichte und Verlobte des schon reichlich bejahrien Granden Silva, und weiß sich wieder geliebt. Aber auch der König hat ein Auge auf Elvira geworfen. Das Liebespiel der vier endet damit, daß Ernani schließlich durch kaiserlichen Machtspruch Elvira heimführen darf, aber seines Besten nicht froh wird, weil er Silva den fürchterlichen Schwur geleistet hat, sich selbst den Tod zu geben, wenn Silva, der einst Elvira mit Er-nani im Tschelmechtel überlistet hatte, dieses verlange. Und der hoch- und rachsüchtige Silva lehnt seinen Willen durch. Noch sind die Hochzeitsglöckchen nicht verklungen, als er schon von Er-nani unter Verwundung auf dessen Wundschmerz die Selbsttötung heimst. Alles Flehen und Bitten nützt Elvira nichts. Kalt und drohend weist Silva sie ab. Ernani erstickt sich. Elvira bricht in seiner Leiche zusammen, und Silva triumphiert, das ihm ver-häßliche Paar vernichtet zu haben.

Mit Liebe hatte sich unser Theater der Oper angenommen. W. K a h l m a n n, der für die letzten Anordnungen die Ver-antwortung trug, hatte mit ordnender Hand Rhythmus in das Ganze gebracht. Die Verwandlung im ersten Akte hatte er sich dadurch erspart, daß er die erste Szene, die im Banditenlager spielt, einfach weggelassen ließ und das Notwendigste in die zweite übernahm. Die Titelfolle lang Ferdinand List. Er war leider der schwächste von allen. Im ersten Akte kreuzte er überdies sehr stark. Nach derfolgenden wählte er sich recht wenig glücklich zur Geltung zu bringen. Die Bewegungen waren ungelent und plump. Jeder Zell ein König war Michael Diek. Ueberdies jagt er ganz hervorragend schön; sein Bariton ist von köstlicher Art. Hans Schuber war Silva. Auch er fehlte durch sein geschmackvolles Spiel und seinen schönen Gesang. Sein Buch gab willig her, was von ihm verlangt wurde. Alice Bruhn fand sich als Elvira mit ihrer Aufgabe auf das Beste ab. In kleineren Rollen boten Maria Gaffron, Eberhard Patalas und Moritz Harymann recht Erfreuliches. Im zweiten Akte tanzten Martha Luise Stolzes Damen einen ansprechenden mauri-tanischen Tanz. Die Chöre hielten sich wader. Das Stübchen führte Wolfgang Karzin; er deutete die Handchrift Verdis und sorgte dafür, daß Orchester und Bühne in inniger Verbindung blieben. Das Publikum ließ es an Beifall für die Hauptdarsteller nicht fehlen.

Neue Bücher.

Gelder, Der Untergang der Jeannette-Expedition. (Volks- und Jugendausgabe als Band 15 der Sammlung „Reisen und Abenteuer“.) 160 Seiten mit 31 Abbildungen und 2 Karten. Brockhaus, Leipzig, Gebunden 20 Mark. — Die bekannte Sammlung „Reisen und Abenteuer“, die wir als wertvolles Mittel im Kampfe gegen Schmutz und Schund kennen, schreitet erfreulich rasch vor und ist jetzt schon bis zum 15. Band gediehen. Das Buch berichtet von einer erschütternden Tragödie im ewigen Eis. Es ist das Hohenlied menschlicher Willenskraft und darum ein Volksbuch, eine Jugendlektüre von hervorragend erzieherischem Wert. Der Verfasser hat als amerikanischer Zeitungs-korrespondent vor vierzig Jahren an einer Expedition zur Rettung der Schiffbrüchigen der nach dem Nordpol strebenden und vom Eis erdrückten „Jeannette“ sich beteiligt, er hat die unfägliche Mühsal der Reise durch arktische Wälder ertragen, hat in Schnee und Eis Herzzerreißende Szenen von einer Tragödie ohne gleichen erlebt. Er berichtet von manchem romantischen Erlebnis unter den Halbwilden des eisigen Sibiriens mit herzerquickendem Tröstern. Abenteuerlust und Forscherdrang, das Wägen arktischer Örtliche und Stunden befinnlicher Stille, Seemannsleben und Schiffs-brand, die majestätische Schönheit und die unglücklichen Schreden der Eiswüste, aufregende Jagdscenen usw. bietet das Buch, das von der ersten bis zur letzten Seite festst. Die Ausstattung des Buches mit Bildern und Karten ist sehr gut.

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1922. Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern Angehörigen, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pflegerstr. 5, 256 Seiten. Taschenformat. Gebunden, Preis 15 Mark. Dieses handliche Taschenbuch ist ein nichtzeitiger Führer durch die Fülle der wirt-schaftlichen und rechtlichen Einzelfragen, die sich dem Arbeitnehmer im Tageskampfe, beim Zeitungsstreik, in Versammlungen, bei Beratung von Kollegen entgegenwürfen. Aus dem reichen Inhalt des Buches nennen wir folgende Fragen: Die Neuverteilung der Erde. Die Bedeutung der deutschen Gebietsverluste. Was erhofft und was beansprucht die Entente? Die deutsche Steuerlast. Das deutsche Kapital 1920/21. Die Auswanderungsfrage. Die Wohn-nungsfrage. Der deutsche Wohnungsstand. Die wichtigsten Reichs- und Landesbehörden. Wer spricht Recht und worüber? ABC des bürgerlichen Rechts. ABC des Arbeitsrechts. Tarifvertrag. ABC der sozialen Fürsorge. Hinderungen der Reichssozialise-rungsordnung. Lohnführer. Einkommensteuerermäßigung bei Kleinwohnungsbau. Mietrecht. Mieterchutz und Wohnungsnot-recht. Gewerkschaftsjurisdiktion. Arbeitsdienstpflicht. Arbeitnehmer-verbände. Streiks und Aussperrungen. Deutsche Industriekon-zerne. Vertikale und horizontale Gliederung. Der Fabrikbetrieb. Bilanzwesen. Taylorismus. Geldwesen. Banken und Bank-geschäfte. Börse und Börsengeschäfte.

Das Wetter der Woche.

Von der Danenburgischen Wetterwarte in Mülln.
M 511 n, 5. Januar. (Nachdruck verboten.)

Die nächste Woche (8.—14. Januar einschl.) wird nach unseren Ermittelungen eine Kälteperiode für unseren Bezirk (Schleswig-Holstein, Hansestädte, Mecklenburg, Hannover, Brandenburg, Nord-Hessen und Nord-Weistfalen) wie für den größten Teil Deutsch-lands bringen. Nachdem der von uns (siehe letzten Bericht) für den Wochenanfang in Aussicht gestellte Kälteausfall bereits heute im Binnenlande eingetreten ist, wird NW- wie N-Deutschland auf der Rück- (West u. NW.) Seite eines starken Ostwärts abziehen-den Tiefes zwar verdrängte Schneefälle erhalten, wobei die Luft-wärme tags nahe Null liegt, aber zunächst keine größere Kälte. Diese dürfte erst mit dem 9. bzw. (Westen) 10. Januar einziehen, wenn ein Hochdruckgebiet von NW- und N. her sich über unsere Gegenden ausbreitet und uns tief temperierte polare Luft zu-führt. Diese Frostperiode dürfte sich bis gegen Mitte Januar (15., 16.) halten; wobei die bereits vorher vorhandene und in den ersten Tagen noch verstärkte Schneedecke die Kälte noch steigert. Die Luftdruck-Gegensätze haben sich inzwischen ziemlich ausge-glichen, so daß die meist aus NW-ND. wehenden Winde keine größere Stärke zeigen. Die Niederschläge sind besonders im ersten und letzten Wochendrittel verbreitet, meist als Schnee und oft ergiebig. Die Bewölkung ist durchweg stark. Im einzelnen: 8. Januar: kälter, vorwiegend trübe, lebhaft NW-Winde, zeit-weise leichter Frost, verbreitete Schneefälle. 9. Januar: unbedeut-lich, fast wollos, mäßige NW- bis N-Winde, Temperatur tags nahe Null, nachts kälterer Frost, zeitweise ergiebige Schneefälle. 10. Januar: kälter, im Binnenlande und im Ostseegebiet Frostwetter, schwache N- bis NW-Winde, im Norden und Osten ausgedehnte Schneefälle, sonst meist trocken. 11. Januar: zeit-weise aufklarend, teilweise heiteres, trockenes Frostwetter mit frischen NW- bis Ost-Winden, Temperatur sinkend. 12. Januar: wechselnd bewölkt, im Binnenlande vorwiegend heiteres, trock-nes Frostwetter, mäßige östliche Winde, zunehmender Frost. 13. Januar: im Westen milder, im Osten und Süden kälter, frische östliche Winde, meist heiteres trockenes Frostwetter. 14. Januar: bei fallendem Barometer bereitet sich eine Wetterveränderung vor; westwärts fortwährende Trübungen, fast ausströmende SW- bis S-Winde; im Westen und Norden verbreitete Schneefälle, im Osten und Süden durchweg noch heiter und trocken, ab-nehmender Frost.

Finanzamt Eutin.

Dem Finanzamt werden in Zukunft folgende Sprechstage abgehalten werden:

- a) In Ahrensböf am 1. Mittwoch jeden Monats in Weidemanns Hotel daselbst.
- b) In Timmendorfer-Strand am 2. Mittwoch jeden Monats in Lage's Hotel daselbst.
- c) In Bad Schwartau am letzten Sonnabend jeden Monats im Amtsgerichtsgelände daselbst.

Falls diese Sprechstage auf einen Feiertag fallen sollten, findet der Sprechtag am folgenden Wochentag statt.

Zur Vermeidung schriftlicher Anfragen und etwaiger Kesselfosten wird den Steuerpflichtigen anheimgegeben, sich gegebenenfalls zu diesen Sprechtagen einzufinden.

Falls Auskunft gewünscht wird, die nur an Hand von Akten erteilt werden kann, ist dieses dem Finanzamt rechtzeitig schriftlich mitzuteilen, damit die erforderlichen Akten mitgeführt werden können.

Der nach vorstehendem für den 4. ds. Mts. in Ahrensböf vorgelesen gewesene Sprechtag wird auf den 18. d. Mts. verlegt.

Eutin, den 2. Januar 1922.
11458 Dr. Hennig.

Für erwiesene Aufmerksamkeit und Geschenke zur Verlobung dankend herzlich
Gustav Scheller und Frau,
Gelle, Travemünde.

Deute morgen entschied nach kurzer Krankheit mein lieber Mann (11497)
Joachim Krellenberg
im 72. Lebensjahre.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Doris Krellenberg,
geb. Reppenhausen,
Lübeck, 5. Jan. 1922.
Gundestr. 81/5.
Beerdigung am Montag, 8. Januar, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Norm. Friedhofes.

Selbst (11491)

Frau
zur Bureauarbeiten.
Gen. Arbeitsgenossenschaft,
Lübeck, Mengstraße 28.

Sozialdem. Verein
Für den Bezirk Janssee Stadt von Darlestage bis Mengstraße wird ein Note gesucht. Genossen, die Lust und Zeit haben, wollen sich im Sekretariat, Johannstraße 50, melden. (11490)

Je. Wenn sucht sofort Logis, a. liebt l. d. Stadt. Ang. u. St. M. a. d. S. (11501)

3-3 J. Wohn. m. Küche u. Jung. kinder. Eheg. gel. Stadt od. Durgt. denors. Ang. u. L. M. a. d. S. (11488)

Mil. Schmitt (Gr. 29), fast neu, zu verl. (11507) Schönkauerstr. 30, pt.

H. Gasherd billig zu verl. Genit. eben. Ganz. liches Haus, W. 11. (11478)

Schöne Ferkel
zu verl. Steddeborf Ahrensböf, Str. 24. (11480)

Frank. Ferkel liegt zum Verkauf. Straßpferd. Gathhof, Schwartau. (11486)

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer
Geschäftsstelle Lübeck. (11506)

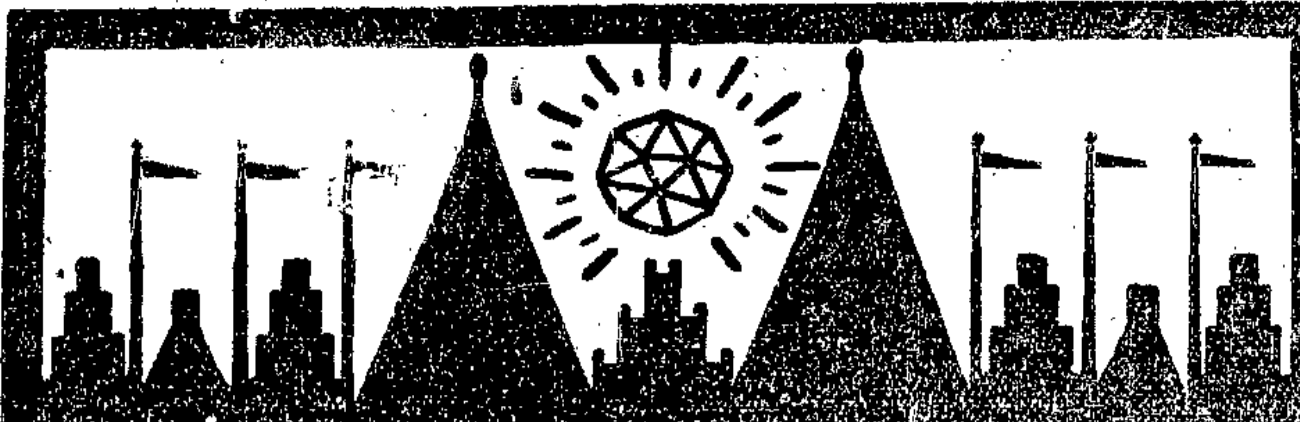
Mitglieder-Verammlung
am Sonntag, 1. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Kaffeehaus.

Die Tagesordnung wird in der Verammlung bestimmt gemacht.

Das zahlreiches Erscheinen erlaucht
Der Vorstand.

Paul Levi:
Unser Weg.
Wiederherausführung 4. März.
Buchhandlung St. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Das Erscheinen aller in der Schriftleitung tätigen Kollegen ist unbedingt erforderlich.
Die Geschäftsstelle.



LÜBECKER EDEL-METALHAUS
M. REDNER & CO.
BECKERGRUBE 18.
FERNRUF 2422

Erste Absatzstelle am Platze

Gold fein, pr. Gr. bruch	Mk. 132.-	Silber fein, p. Gr. bruch	Mk. 3.60
Gold 750, pr. Gr.	Mk. 90.-	Silber 800 gest. p. Gr. Mk.	2.30
Gold 885, pr. Gr.	Mk. 72.-	Silber ungest. pr. Gr. Mk.	2.10
Gold 353, pr. Gr.	Mk. 40.-	Platin rein pr. Gr. Mk.	390.-
Gebisse bis zu Mk. 10 000.-		Gebisse pro Zahn bis zu Mk. 100.-	

sowie Brillanten, Uhren, Doublee und Schmucksachen aller Art.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck (11503)

Versammlung
der **Elektriker**
am Sonntag, d. 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Die Ortsverwaltung.

Margarine billiger
Bf. 19.- u. 22.-
Weiß. Schmalz Bf. 26.-
Weißes Mehl Bf. 5,20
Marmel. Bf. 8,60 u. 7.-
Kunstbrot Bf. 4,90
Salzgurk. 0,50, 1,00, 1,20
Salzheringe Stück 0,95
Zaurekohl... Bf. 1,90

Eduard Speck
11519) Ganslstr. 80/84

Spez. Verlobungstinge
393,585,750 u. 900 gest.
Silberwaren-Schmucksachen.
Taschen- u. Weckuhren

Willi Westfahl
32 Götter- 32 Kuche
Uhren- und Goldwaren-Reparatur-Werkst. (11483)

Die Krankversicherungsgesellschaft in der Praxis.
Krankens-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.
Bon Arbeiterssekretär Karl Schmidt, München.
425 Marl.
Buchhandlung St. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Karl Labartz Böttcherst. 16
Fett-Rindfleisch 12.-, 8.-
Fette Bratenf. 13.-, 9.-
Beifisch u. Kollf. 14.-
Fett. Schweinef. 22.-
Schweinefett 24.- (11495)

Rodelschlitten
neu eingetroffen.
Gassmann
SPORTWAH
(11523)

Achtung!
Kaufen Sie kein feures hiesig. mag. Rindfleisch!
Empfehle (11494)
la. angezeichnetes feures Geirierfleisch (Rast- schtensfleisch) beste Qualitätsware 14.-
Schweinefleisch, beste weiße Ware 25.50
la. Speifetalg 19.50
Al. Rauchschinken 26.-

ff. Rindwürste
sowie sämtliche Fleisch- u. Wurstsorten u. den bill. Tagespreisen.

Otto Reining
Schlachtereiu. Wurstfabr. Lübeck-Stadefeldorf Fernruf 1521.

Halb. Holenträger Herrensäcke Kravatten 11482
in großer Auswahl.
Papier- Wäsche (Zigaretten) u. Fabrikpr.
Aug. Janensch Sandstraße 6.

Halb. Holenträger Herrensäcke Kravatten 11482
in großer Auswahl.
Papier- Wäsche (Zigaretten) u. Fabrikpr.
Aug. Janensch Sandstraße 6.

Halb. Holenträger Herrensäcke Kravatten 11482
in großer Auswahl.
Papier- Wäsche (Zigaretten) u. Fabrikpr.
Aug. Janensch Sandstraße 6.

Hafen-, Kanin-, Zieg-, Kalb-, Reh-
sowie sämtliche anderen Sorten (11485)

Felle,
Vierde- u. Kuhschweif- haare kaufen zu den höchsten Tagespreisen

J. Wagner
Hofstr. 8. F. 3414.

Privat-Handelstare.
Der Unterkursus für Buchhaltung, Rechnen u. Vermögensverwaltung beginnt am 5. Jan., der Oberkursus am 6. Jan.
Karl Hinzpeter, 11260) Moltkestr. 5.

Kommentar zum Reichsheimstätten-Gesetz
vom 10. Mai 1920.
Von Dr. Beyer, Regierungsrat in Lübeck. 4 Mk.

Buchhandlung Friedrich Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Pelzgarnituren
werd. modern u. bill. aufgearb. D. Wagner, 11440) Hofstr. 8.

Siedlung und Kleingarten.
Vierseitige Zeitung in Kupfer- tiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksboten- leser monatlich nur sechzig Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Siedlung und Kleingarten.
Vierseitige Zeitung in Kupfer- tiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksboten- leser monatlich nur sechzig Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Siedlung und Kleingarten.
Vierseitige Zeitung in Kupfer- tiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksboten- leser monatlich nur sechzig Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Siedlung und Kleingarten.
Vierseitige Zeitung in Kupfer- tiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksboten- leser monatlich nur sechzig Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Nach mehrjähriger Tätigkeit als 1. Assistent der Univ.-Ohren-, Nasen-, Hals-Klinik in Hamburg-Eppendorf, habe ich mich als Facharzt für Ohren-, Nasen-, Hals-Krankheiten in L ü b e c k niedergelassen.
Sprechst. 10-12, 3 1/2-5.
Dr. med. Evers,
Fernspr. 2939. (11488) Mengstraße 8 b.

Auch im neuen Jahre finden Sie gute und noch preiswerte
Schuhwaren aller Art
11509) bei
Schuh-Buchholz
Schwartauer Allee 4, Große Burgstraße 36
Beachten Sie meine Fensterpreise!

160 cm la. Haustuch
für Bettdecken, Meter 59,50 Mt.
Johannes Hoff
Kohlmarkt 6, LÜBECK Markt 6.

CARL MÖLLER
Schlachtereil Fernruf 2336 Wickedestr. 44
BILLIG! **BILLIG!**
Prima Schweinefleisch Pfd. 21.- Mk.
frisch. fett. Rindfleisch Pfd. 16.- Mk.
Kalbfleisch Pfd. 12.- Mk.
ausgebr. Talg Pfd. 22.- Mk.
und
sämtliche Sorten Wurst
zu den billigsten Tagespreisen. (11505)

Sonntag früh 8 bis 10 Uhr
Wiederabgabe von (11522)
Bratenischmalz . . 14.- Mt.
Speckfett (weiß) 22.- Mt.
Nordd. Fleischwarenfabrik
Dobbertin & Co. Brocksstr. 3.

Wandkalender
des
Lübecker Volksboten
für das Jahr 1922
in mehrfarbiger künstlerischer Ausführung.
1.20 Mark.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.

Drücken Sie sich
denn immer noch die Füße wund in spitzen Schuhen mit hohen Absätzen? Es gibt doch jetzt das bequemere, anatomisch richtig geformte
„Thalysia“-Schuhwerk und -Flechschuhwerk für empfindliche Füße eine Wohltat. Kommen Sie sofort zur unverbindlichen Besichtigung ins
Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Reformhaus
Carl Minke, Huxstr. 47

Einlegesohlen
0,50 1,00 1,50 2,00
für die Hälfte des jetzigen Einkaufspreises.
Robert Jentzen,
50 Huxstr. 50.
(11525 a)